

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

B 11/63  
13. März 1963

Günther Nollau

Einheit oder Polyzentrismus  
im Weltkommunismus?

Günther Nollau, Dr. jur., geboren 1911, studierte an den Universitäten Innsbruck, Wien, München und Leipzig Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Von 1942 bis 1950 Rechtsanwalt in Krakau und Dresden. Autor des Buches „Die Internationale, Wesen und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus“, das im März 1959 im Verlag für Politik und Wirtschaft und im April 1961 unter dem Titel „International Communism and World Revolution“ erschien.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Kiepenheuer & Witsch werden aus dem in Kürze erscheinenden Buch „Zerfall des Weltkommunismus — Einheit oder Polyzentrismus?“ die Einleitung und die Kapitel 9—13 vorabgedruckt.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst  
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2000 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2000 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Einheit oder Polyzentrismus im Weltkommunismus?

## Was bedeutet Polyzentrismus?

Palmiro Togliatti, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, nannte im Juni 1956 als erster die Struktur des internationalen Kommunismus polyzentrisch. Togliatti fand sowohl Widerspruch als auch Zustimmung. Ihm widersprachen Kommunisten, die daran festhalten wollten, daß Moskau das einzige Zentrum des Weltkommunismus sei. Seine These wurde aber auch von eifrigen Verfechtern der neugewonnenen Autonomie der kommunistischen Parteien bestritten. Diese Kommunisten, an ihrer Spitze Gomulka, erklärten, es beständen überhaupt keine Zentren, weder eins noch mehrere. Auch die Reaktionen der Gegner des Kommunismus waren geteilt. Vereinzelt fand sich die Auffassung, daß die Komintern weiterbestehe oder — anlässlich der 40-Jahr-Feier der Oktoberrevolution im November 1957 — wiedergegründet worden sei. Da aber im Westen meist bejaht wurde, daß die kommunistische Weltbewegung nach Stalins Tod polyzentrisch geworden sei, fand der Begriff Polyzentrismus sowohl in der Weltpresse als auch in der Fachliteratur günstige Aufnahme. Bestechende Formeln wie: „aus der divergierenden Einheit geht ein dauernder Polyzentrismus hervor“, fanden Beifall<sup>1)</sup>. Jedoch ist weder von den Kommunisten noch von ihren Gegnern der vielberufene Polyzentrismus näher präzisiert worden<sup>2)</sup>. Nirgends scheint bisher untersucht worden zu sein, was Polyzentrismus wirklich bedeutet — nämlich ein System mit vielen Zentren — und ob der heutige Weltkommunismus in der Tat ein solches System darstellt.

Der Zeitpunkt für eine solche Untersuchung ist gekommen, da seit Togliattis Wortschöpfung sechs Jahre vergangen sind und die Diskussion über den Polyzentrismus unter den Kommunisten inzwischen zu einem vorläufigen Abschluß gelangt zu sein scheint: Vor einigen Monaten ist im Zentralkomitee der

KP Italiens erklärt worden, man wolle die zweideutige Formel Polyzentrismus nicht mehr verwenden.

Das Wort erscheint weder im Großen Brockhaus noch in Herders Staatslexikon. Dagegen hat es Walter Laqueur in der Großen Sowjetenzyklopädie entdeckt<sup>3)</sup>; Polyzentrismus, heißt es dort, sei eine Theorie über die Abstammung der menschlichen Rassen von verschiedenen Neandertalern. Diese Theorie, mag sie auch Anlaß bieten, über Neandertaler zu spekulieren, hilft uns ebensowenig weiter wie die philologische Überlegung, daß man griechische und lateinische Wortbestandteile nicht mischen und daher besser von Multizentrismus sprechen sollte.

Philologisch interpretiert bedeutet „Zentrum“ „Mitte“ oder „Mittelpunkt“ und kann daher verwendet werden, um den Mittelpunkt einer Gruppierung zu bezeichnen. Polyzentrisch darf ein System dann genannt werden, wenn viele oder mehrere Zentren existieren, die Mittelpunkte verschiedener Gruppierungen sind. Könnte man im heutigen Weltkommunismus nur eine Vielfalt von Richtungen erkennen, so dürfte das allein nicht rechtfertigen, ihn polyzentrisch zu nennen.

- Wir werden im folgenden untersuchen,
  - a) ob heute im Weltkommunismus verschiedene Gruppierungen von kommunistischen Parteien bestehen und
  - b) ob innerhalb dieser Gruppierungen „Zentren“ gebildet worden sind.

Wir werden weiter prüfen, ob dieser Begriff heute unter veränderten Verhältnissen selbst denen nicht mehr annehmbar erscheint, die ihn einst geschaffen haben.

Dem Ergebnis dieser Untersuchung wird auch die Antwort auf die Frage zu entnehmen sein, welche Stellung Moskau, d. h. die Kommunistische Partei der Sowjetunion, das alte Zentrum, heute im Weltkommunismus einnimmt.

1) Vgl. William E. Griffith, „Strukturwandlung des Weltkommunismus“, in „Hinter dem Eisernen Vorhang“, München Nr. 7/8 1961, S. 3.

2) Vgl. Gomulkas Äußerung, wiedergegeben in „Ostprobleme“ 1961, S. 858.

3) Vgl. Walter Laqueur, „The Schism“ in „Survey“, (London) Heft 42 (Juni 1962), S. 1, Anmerkung 2.

# Gruppierungen kommunistischer Parteien

Nach Stalins Tod ist es mehrfach zu Gruppenbildungen unter den kommunistischen Parteien gekommen. Zwölf kommunistische Staatsparteien des Ostblocks haben z. B. die Moskauer Deklaration von 1957 unterzeichnet. Oder: 27 kommunistische Parteien schwiegen auf dem XXII. Parteitag über das Verhalten Albaniens, und 47 Parteien verurteilten die albanische Politik. Handelt es sich hier um echte Gruppierungen, innerhalb deren ein Zentrum entstehen könnte? Gibt es weitere Beispiele für derartige Gruppierungen?

## Eine Gruppe der Staatsparteien?

Nach den Beratungen der kommunistischen Parteien, die anlässlich der 40-Jahrfeier der Oktoberrevolution im November 1957 stattgefunden hatten, schien es, als ob zwölf der kommunistischen Staatsparteien — Jugoslawien schloß sich aus — eine Gruppe gebildet hätten. Diese zwölf Parteien erklärten, der Friede werde „von dem unbesiegbaren Lager der sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze“ verteidigt. Westliche Beobachter neigten dazu, in diesem „Lager“ ein Commonwealth der sozialistischen Länder, eine Organisation ohne Organisation zu sehen<sup>4)</sup>. Einer von ihnen, Zbigniew K. Brzezinski, machte darauf aufmerksam, daß dieses Commonwealth die gefährliche Frucht Pluralismus im Schoß trage<sup>5)</sup>. Dieser Pluralismus ermöglichte, weil eine zentrale Gewalt fehlte, den Durchbruch divergierender Interessen.

Diese führten sowohl zu der Kompromiß-Erklärung der 81 als auch zu dem Zusammenbruch der Einheitsfassade auf dem XXII. Parteitag. Schon dort zeigte sich offen, daß vier von den zwölf Staatsparteien (China, Nordkorea, Nordvietnam und Albanien) nicht mit der Mehrheit des Commonwealth einverstanden waren. Das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und die gleiche Staatsform reichten offenbar nicht in allen Fällen aus, den Zusammenhalt zu gewährleisten. Andere Faktoren waren bereits früher von sowjetischen Autoren erkannt worden. Z. A. Stepanjan schrieb 1958 in seiner Studie „Die Oktoberrevolution und das Werden der kommunistischen Formation“ über den Weg zum Kommunismus<sup>6)</sup>:

4) Vgl. „Unity and Contradiction, major aspects of sino-soviet relations“, herausgegeben von Kurt London, New York 1962, S. 412.

5) Z. K. Brzezinski, „Der Sowjetblock, Einheit und Konflikt“, Köln 1962, S. 325.

6) Vgl. „Voprosy filosofii“, Moskau 1958, Nr. 10, zitiert nach „Ostprobleme“ 1958, S. 822 (829).

„Es ist anzunehmen, daß die europäischen Länder des Sozialismus, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vereint sind, eine besondere Wirtschaftszone bilden und als erste in den Kommunismus eintreten werden. Die asiatischen Länder des Sozialismus, die in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung vieles gemeinsam haben, werden eine zweite regionale Zone bilden und ebenfalls gemeinsam in den Kommunismus eintreten.“

Stepanjan unterscheidet also, und zwar offenbar mit Recht, „die europäischen Länder des Sozialismus“ und die „asiatischen Länder des Sozialismus“. Mit Recht, weil die „europäischen Länder des Sozialismus“, so große Unterschiede zwischen ihnen auch bestehen mögen, wirtschaftliche und politische Bindungen eingegangen sind, die zu einer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit geführt haben als zwischen dieser Gruppe und den „asiatischen Ländern des Sozialismus“.

## Die osteuropäische Gruppe

Die verschiedensten Faktoren haben bewirkt, daß sich durch die akute Krise des Kommunismus in Osteuropa 1956/57 eine bestimmte Gruppe von kommunistischen Staaten konsolidierte. Von diesen Faktoren sind zu nennen: die Macht der Sowjetunion, demonstriert am Eingreifen in Ungarn und durch ihre Präsenz in der deutschen Sowjetzone, eine gewisse Toleranz gegenüber bestimmten Besonderheiten in Polen (z. B. bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in der Presse und Kulturpolitik); die vermeintlich erforderliche Abwehrstellung (Warschauer Pakt) gegen „Militarismus und Revanchismus“ in der Bundesrepublik; enge wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Divergierende Tendenzen gibt es auch in dieser Gruppe: Als Gomulka und Kadar sich 1957 sträubten, die führende Rolle der KPdSU anzuerkennen, standen ihnen alle anderen Mitglieder der Gruppe gegenüber, die in dieser Frage eine moskautreue Haltung einnahmen. Dagegen schwankten die bulgarischen und die deutschen Kommunisten anfänglich in ihrer Einstellung zu den Volkskommunen. In der theoretischen Zeitschrift der SED, „Einheit“, erschien z. B. ein Artikel von Paul Wandel, damals Botschafter in Peking, der die Volkskommunen als „entscheidende Etappe der sozialistischen Revolution“ lobte<sup>7)</sup>, während

7) Vgl. „Einheit“, Ostberlin, Heft 12/1958, S. 1841 ff.

die Russen dieses Experiment damals durch demonstratives Schweigen mißbilligten. Dieses Schweigen durchbrach in der gleichen Zeit auch Wulko Tscherwenkoff, Politbüromitglied der kommunistischen Partei Bulgariens, durch einen Artikel über „Die Volkskommunen in China“<sup>8)</sup>. Diese Divergenzen überzubewerten und z. B. von einer Achse Peking-Pankow in der damaligen Zeit zu sprechen, ist verfehlt. Die Russen haben die Mittel, die Entstehung jedes derartigen Bündnisses im Keime zu ersticken. Das kommunistische Regime in der Sowjetzone z. B. könnte sich keinen Tag ohne russische Unterstützung halten, auch wenn China sein Bundesgenosse wäre. Der Flirt Ulbrichts mit den radikalen chinesischen Experimenten endete darum sehr schnell, als der sowjetische Konflikt 1960 schärfere Formen annahm.

Nun stand die osteuropäische Gruppe fest hinter Moskau. Auch das Ausbrechen Albanien hat angesichts der peripheren Bedeutung dieses Landes die Geschlossenheit der osteuropäischen Gruppe kaum berührt. Im Gegenteil: die Gefahr für die Einheit der kommunistischen Bewegung, die auf dem XXII. Parteitag erkennbar wurde, und die Konsolidierung der Position Polens sowie seiner eigenen Stellung erlaubten Gomulka die Erklärung<sup>9)</sup>:

„An der führenden Rolle der KPdSU in der internationalen kommunistischen Bewegung und der Sowjetunion im sozialistischen Weltsystem kann auch die Tatsache nichts ändern, daß sich unter den Ruhmesblättern ihrer Geschichte die dunkle Seite des Personenkults findet.“

#### Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Ostblockstaaten hat äußeren Ausdruck gefunden im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) — im Westen COMECON genannt), der im Januar 1949 von Vertretern der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei gegründet wurde. Der Rat unterhält ein Sekretariat in Moskau. Die Mitgliedschaft ist inzwischen erweitert worden auf Albanien (1949), die Sowjetzone Deutschlands (1950) und die Mongolische Volksrepublik (1962)<sup>10)</sup>.

8) Dieser Artikel aus „Rabotnitchesko delo“ vom 15. Januar 1959 ist in „Ostprobleme“ Nr. 3/1959, S. 84 ff. abgedruckt.

9) Vgl. „Trybuna Ludu, Warschau, vom 23. November 1961, zitiert nach „Ostprobleme“ 1961, S. 856.

10) Vgl. „Neues Deutschland“, Ostberlin, vom 9. Juni 1962.

Als Beobachter nahmen teil: Vertreter Chinas (seit 1956), Vertreter Nordkoreas (seit 1957) und Vertreter der Mongolischen Volksrepublik (seit 1958)<sup>11)</sup>. An den Ratstagungen im Dezember 1961 in Warschau und im Juni 1962 in Moskau haben chinesische und albanische Vertreter nicht mehr teilgenommen<sup>12)</sup>. Während der Moskauer Tagung ist aber die Mongolische Volksrepublik, die auf dem XXII. Parteitag entschieden Partei gegen China ergriffen hatte, in den RGW aufgenommen worden.

Vertreter Nordkoreas und Nordvietnams erschienen noch in Warschau als Beobachter. Aus dem Kommuniqué über die Moskauer Tagung ist nicht zu entnehmen, ob irgendwelche Beobachter anwesend waren.

#### Der Warschauer Pakt

Die acht Mitglieder des europäischen Blocks (Albanien, Bulgarien, Ungarn, Sowjetzone Deutschlands, Polen, Rumänien, Sowjetunion und Tschechoslowakei) sind außerdem seit 1955 durch den Warschauer Pakt verbunden, der die militärische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten gewährleistet und eine Rechtsgrundlage für die weitere Stationierung von sowjetischen Truppen in den einzelnen Ostblockländern schafft<sup>13)</sup>. Schon im Gründungsvertrag wurde beschlossen, ein Vereintes Oberkommando und einen Politischen Beratenden Ausschuß zu bilden. Moskau ist sowohl Sitz des Stabes des Vereinten Oberkommandos als auch der Organe des Politischen Beratenden Ausschusses<sup>14)</sup>.

Diese Verträge haben mehr Gewicht als völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen sonst ungebundenen Staaten. Sie sind von Staaten abgeschlossen worden, deren beherrschende Organe kommunistische Parteien sind. Auf den bedeutenden Konferenzen der Warschauerpakt-Staaten werden von den Ersten Sekretären dieser Parteien Beschlüsse gefaßt — so z. B. der Beschluß über die Mauer in Berlin während der Beratung vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau.

Die Zusammenarbeit dieser Parteien beruht auf dem Prinzip des Proletarischen Internationalismus, das die „gegenseitige, brüderliche Hilfe“ einschließt. Die praktische Wirksam-

11) Vgl. Alexander Uschakow, „Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, Köln 1962, S. 9 ff.

12) Vgl. „Neues Deutschland“ vom 9. Juni 1962, Uschakow, a. a. O., S. 116 und Radio Tirana vom 6. Juni 1962.

13) Vgl. Boris Meißner, „Der Warschauer Pakt — Dokumentensammlung“, Köln 1962, S. 9 ff.

14) Vgl. Meißner, a. a. O., S. 102, 104.

keit dieses Prinzips zeigte sich, als Ungarn im Oktober 1956 versuchte, aus dem Warschauer Pakt auszuschneiden<sup>15)</sup>. Die Rote Armee schlug den Aufstand nieder und zerstreute die Regierung. Nach dem Sieg wurde der abtrünnige Parteiführer Imre Nagy hingerichtet.

Angesichts des ungarischen Beispiels mußte auch das abtrünnige Albanien mit der Möglichkeit rechnen, durch Waffengewalt in den Block zurückgeholt zu werden. Vor der Verwirklichung dieser Aussicht wurde es durch einige glückliche Umstände bewahrt, vor allem durch die Rückendeckung Chinas und durch seine geographische Lage (Albanien grenzt an keinen Paktstaat). Außerdem wirkte die Existenz des „erzrevisionistischen“ Jugoslawiens wie ein Schutzwall für den kleinen Balkanstaat.

Sieben der insgesamt zwölf kommunistischen Staaten sind durch enge staatliche, wirtschaftliche, parteiliche und ideologische Bande verknüpft, die dieser Gruppe einen besonderen Charakter verleihen. Zwar unterhält die Mongolische Volksrepublik enge Beziehungen zur Sowjetunion, aber man wird sie trotz ihrer Zugehörigkeit zum RGW nicht als Mitglied der Gruppe zählen können. Ihr RGW-Beitritt sollte hauptsächlich als Demonstration gegen China und für die wirtschaftlich hilfreiche Sowjetunion verstanden werden.

Die Gruppe der sieben osteuropäischen Staatsparteien hat auch ein Zentrum: Moskau, Sitz des Sekretariats des RGW, Sitz des Stabes des Vereinten Oberkommandos und Sitz der Organe des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts. Moskau ist hier nicht Zentrale des Weltkommunismus, sondern organisatorischer, wirtschaftlicher und militärischer Mittelpunkt dieser sieben Staaten und Parteien. Den Mitgliedern dieser Gruppe werden gewisse Freiheiten zugestanden (z. B. Polen), nicht zugestanden wird ihnen das Recht, auf eigenen Wunsch die Gruppe zu verlassen. Das Beispiel Ungarn hat das bewiesen.

#### Die Gruppe der ost- und südostasiatischen Parteien

Drei der kommunistischen Staaten, die nicht zum europäischen Ostblock gehören, liegen im Fernen Osten: China, Nordkorea, Nordvietnam. Die dortigen kommunistischen Parteien sind ebenfalls durch vielfältige Beziehungen miteinander verbunden. China hat Nordkorea im Krieg gegen Südkorea unter-

stützt; es hat auch Nordvietnam in ähnlicher Situation geholfen. Die kommunistischen Parteien dieser Länder revanchierten sich während des XXII. Parteitages in Moskau; sie waren nicht bereit, den Schützling Chinas in Europa, Albanien, öffentlich zu verdammen. Diese Form der Hilfestellung wurde vor und nach dem XXII. Parteitag auch noch von anderen kommunistischen Parteien im Fernen Osten und in Südostasien gewährt; nämlich von der japanischen, der burmesischen, der malaiischen, der thailändischen, der indonesischen und der neuseeländischen KP.

Ist es daher zutreffend, in diesen Parteien und Staaten ebenfalls eine Gruppe zu sehen? Daß einige dieser Parteien kommunistische Staatsparteien sind, andere nicht, sollte kein Hinderungsgrund für eine Gruppenbildung sein. Dem Kominform gehörten sowohl Staatsparteien als auch die italienische und die französische KP an. Aber die ost- und südostasiatischen Parteien sind nicht im entferntesten durch so enge Bande verknüpft wie der osteuropäische Block. Sie haben weder ein klares Bekenntnis zu China noch eine eindeutige Entscheidung für die Sowjetunion erkennen lassen. Sie haben, von China einmal abgesehen, Albanien zwar bisher nicht verdammt und also zu erkennen gegeben, es mit China nicht verderben zu wollen, aber sich auch nicht eindeutig für China erklärt. Die koreanische KP hat allerdings schon vor dem XXII. Parteitag Freundschaftserklärungen für Albanien abgegeben, und in ihrem offiziellen Organ hieß es nach der Erklärung der 81, die sozialistischen Länder würden „geführt von der Sowjetunion und der Volksrepublik China“.<sup>16)</sup> Der koreanische KP-Chef Kim Il-song besuchte im Juli 1961 Moskau und Peking. In Moskau unterzeichnete er ein Kommuniqué, das sich gegen „Abweichungen von den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus“ richtete, was angesichts der damaligen Lage nur als Kritik an gewissen Aspekten der chinesischen Politik aufgefaßt werden konnte. In Peking andererseits stimmte er einem Kommuniqué zu, das den „jugoslawischen Revisionismus“, den Prügelknaben Chinas für die sowjetische „weiche“ Politik, scharf angriff<sup>17)</sup>. Auf dem XXII. Parteitag äußerte er sich zum Problem Albanien nicht. Nach dem Parteitag wiederum entschloß sich Kim Il-song zu einer Geste gegenüber Moskau; zu der Dezembertagung des RGW in

16) Vgl. John Bradbury, „Sino-Soviet Competition in North Korea“ in „The China Quarterly“, London, Nr. 6/1961, S. 27.

17) Vgl. Donald S. Zagoria, „The Sino-Soviet Conflict 1956-1961“, Princeton, New Jersey 1962, S. 380.

15) Vgl. „National Communism and Popular Revolt in Eastern Europe“, edited by Paul Zinner, New York 1956, S. 462 f.

Warschau entsandte er einen Beobachter, während China nicht vertreten war<sup>18)</sup>. Im Herbst 1962 hat Nordkorea aber entschieden China unterstützt. Ende September — nach dem Besuch Breschnews in Jugoslawien — erschienen in Pjöngjang Presseartikel, die sich gegen die „revisionistische Titogruppe Jugoslawiens“ wendeten. Etwa gleichzeitig ergriff Nordkorea im chinesisch-indischen Grenzkonflikt die Partei Chinas<sup>19)</sup>. Dagegen hat Nordvietnam vermieden, sich auf China oder die Sowjetunion festzulegen. Ho Chi-min verfügt als alter Kominternfunktionär über gute Beziehungen in Moskau und in Peking. (In den zwanziger Jahren war er von der Komintern nach China geschickt worden<sup>20)</sup>. In den Konflikten der Jahre 1960/61 hat er versucht, zwischen Peking und Moskau zu vermitteln. Allerdings beglückwünschte die KP Vietnams nach dem XXII. Parteitag die albanische KP zu ihrem 20. Jahrestag und veröffentlichte in ihrer Tageszeitung Nhan Dan einen Artikel über die „Glänzenden und siegreichen zwanzig Jahre der albanischen Arbeiterpartei“<sup>21)</sup>.

Wie Nordkorea entsandte auch Nordvietnam einen Beobachter zur RGW-Tagung im Dezember 1961 und ließ auch dadurch erkennen, daß es nicht eindeutig für China Partei ergreifen will. Wirtschaftliche Hilfe hat Vietnam sowohl von der Sowjetunion als auch von China erhalten. Noch nach den Novemberberatungen von 1960 schloß die Sowjetunion einen langfristigen Handels- und Hilfsvertrag mit Nordvietnam ab, der für die Dauer des vietnamesischen Fünfjahresplans den Handel mit der Sowjetunion um das zweieinhalbfache erhöhen soll und langfristige finanzielle Hilfsversprechen enthält. Wenige Wochen später bot China noch großzügigere Hilfe an<sup>22)</sup>. Nordvietnam ist also auch aus wirtschaftlichen Gründen gehindert, in dem Streit eindeutig Partei zu ergreifen.

Einer solchen Parteinahme stehen auch nationale Interessen beider Staaten entgegen. Sowohl Korea als auch Vietnam sind in den vergangenen Jahrhunderten vom Reich der Mitte wiederholt bekämpft und zeitweilig beherrscht worden. Die heutigen Regenten dieser

18) Vgl. Communiqué über diese Tagung, abgedruckt bei Uschakow, a. a. O., S. 116.

19) Vgl. „Asian Analyst“, London, Heft Oktober 1962, S. 8.

20) Vgl. Nollau, „Die Internationale, 2. Aufl., Köln 1961, S. 116.

21) Vgl. Survey, „A Journal of Soviet and East European Studies“, London, Nr. 42/1962, S. 22.

22) Vgl. William Kaye, The Economy of North Vietnam, in „The China Quarterly“, London, Januar-März 1962, S. 88 f.

Länder werden nicht geneigt sein, die gegen japanische und französische „Imperialisten“ gewonnene Freiheit für eine chinesische Kolonialherrschaft einzutauschen. Das Beispiel Tibet dürfte seinen Eindruck nicht verfehlt haben. Um einem gleichen Schicksal zu entgehen, dürfen die Koreaner und Vietnamesen gerade diejenige kommunistische Macht nicht brüskieren, die als einzige China Widerpart bieten kann — die Sowjetunion.

Keine kommunistische Partei des Fernen Ostens hat sich bisher in dem Konflikt Moskau—Peking bedingungslos auf die Seite der Chinesen gestellt. Rund um China enthält man sich der Stimme. Die Sorge vor den Konsequenzen der aggressiven Außenpolitik Chinas erschwert eine Gruppenbildung. (Die indonesische Partei gibt sich zwar pro-chinesisch, aber sie ist durch ihre geographische Lage auch nicht in Gefahr, durch die Umarmung Chinas erstickt zu werden.) Es gibt weder ein wirtschaftliches noch ein militärisches Paktsystem der Kommunisten im Fernen Osten, das mit dem RGW oder dem Warschauer Pakt vergleichbar wäre. Von Bedeutung sind aber die Auswirkungen des bereits erwähnten agreements der sowjetischen und chinesischen Partei, daß Teile Südostasiens (Burma, Thailand, Laos, Kambodscha, Malaya, Vietnam) in der Interessensphäre Chinas lägen. Die Freunde, die China durch dieses agreement in Südostasien gewonnen hat, blieben ihm treu. Ihre Haltung gegenüber Albanien bewies das.

Auch Chinas eigener Weg, seine ideologische Begründung in den Schriften Mao Tse-tungs, auch die Tatsache, daß China keine „weiße“ Macht ist, auch der scheinbar revolutionäre Schwung, mit dem China versucht, seine Rückständigkeit zu überwinden, üben eine erhebliche Anziehungskraft auf die kommunistischen Parteien Asiens und auf nach Unabhängigkeit strebende Kräfte in Afrika und Südamerika aus.

Um Anhänger zu gewinnen, lassen die Chinesen keine Gelegenheit vorübergehen, auf ihr angeblich gemeinsames Schicksal mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hinzuweisen. So erklärte z. B. der chinesische Kultusminister Mao Tun auf der Moskauer Friedenskonferenz 1962<sup>23)</sup>:

„Wir teilen ein gemeinsames historisches Schicksal mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die kämpfen, um ihre nationale Unabhängigkeit zu gewinnen oder

23) Vgl. „Peking Review“, Nr. 29 vom 20. Juli 1962, S. 12 ff.

zu erhalten. Wir verstehen völlig, daß der Kampf für den Gewinn und die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit von lebenswichtiger Bedeutung für die Existenz und die Entwicklung aller unterdrückten Völker ist."

Natürlich wollte Mao Tun den zahlreichen Vertretern der Entwicklungsländer damit klar machen, daß die Russen den Kampf um nationale Unabhängigkeit nicht so gut verstünden wie die Chinesen, denn die Russen hatten doch abgelehnt, Probleme des Weltfriedens und der nationalen Unabhängigkeit gemeinsam auf dieser Konferenz zu erörtern. Um Gelegenheit zu erhalten, unter den Nationen Afrikas und Asiens zu werben, unterstützt China auch den indonesischen Vorschlag, eine zweite afro-asiatische Konferenz zu veranstalten<sup>24)</sup>. Die erste, die Bandung Konferenz, hatte 1955 ohne russische Beteiligung stattgefunden.

Obgleich China infolge seiner wirtschaftlichen Misere die sich ihm bietenden Möglichkeiten nicht voll nutzen kann, obgleich sich manche seiner „Anhänger“ nur aus Sorge vor dem mächtigen Nachbarn nicht gegen das riesige Reich der Mitte stellen, entstand doch im Fernen Osten eine Gruppe kommunistischer Parteien, die durch politisch-ideologische Bande und durch die Macht Chinas zusammengehalten wird. Divergierende Tendenzen innerhalb der Gruppe bestehen. Sie bestehen aber auch in der osteuropäischen Gruppe.

#### Die westeuropäische Gruppe

Die Deklaration der 12 Parteien, die nach Abschluß der Novemberberatungen von 1957 veröffentlicht worden war, hatte im Gegensatz zur Kominternpraxis regionale Beratungen von kommunistischen Parteien zugelassen. Daraufhin hat eine Anzahl von Konferenzen der kommunistischen Parteien Westeuropas stattgefunden. Im März 1958 z. B. tagten die kommunistischen Parteien Frankreichs und der Beneluxstaaten gemeinsam. Am 1. April 1959 trafen sich die westeuropäischen kommunistischen Parteien wieder zu einer Beratung, und am 21. November 1959 traten nach gründlicher Vorbereitung 17 westeuropäische kommunistische Parteien in Rom zusammen. Alle westlich des Eisernen Vorhangs bestehenden Parteien (von Griechenland bis Island und Skandinavien) nahmen teil. Ein Beteiligungsgesuch der SED wurde abgewiesen; aus Ost-Berlin kommende Politbüromitglieder der illegalen westdeutschen KPD durften allerdings teilnehmen.

24) Vgl. „Peking Review“, Nr. 34/1962, S. 6.

Diese Konferenzen befaßten sich außenpolitisch mit der Wiederbelebung der Volkfrontpolitik. Wegen dieser der sowjetischen Linie folgenden Tendenzen wurde die Konferenz von Rom auf den Beratungen der 81 (November 1960) von den Chinesen als revisionistisch kritisiert<sup>25)</sup>.

In Rom stellten die westeuropäischen Kommunisten fest, ihr gemeinsamer Gegner sei die Bundesrepublik. Außerdem wandten sie sich gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft<sup>26)</sup>.

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder, aus denen die Parteivertreter kamen, weisen zwar erhebliche Unterschiede auf; aber die Kernländer Westeuropas sind dabei, in der 1957 gegründeten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ihre Zusammenarbeit zu organisieren. Diese Entwicklung entspricht nicht den Prophezeiungen der Kommunisten, nach denen der „Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch stärker (ist), denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus“<sup>27)</sup>. An dieser Auffassung Stalins hat auch Chruschtschow in einem Artikel festgehalten, der in der internationalen kommunistischen Zeitschrift erschien und im Moskauer Kommunist nachgedruckt wurde<sup>28)</sup>:

„Wie sehr man auch im Westen die Idee der europäischen ‚Integration‘ und ihre Resultate anpreist, ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die von den Imperialisten geschaffenen Bündnisse die tiefen inneren Widersprüche und Gebrechen, die der Welt des Kapitalismus eigen sind, nicht beseitigen können.“

Diese doktrinären Ansichten spiegeln sich wider in den Thesen des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Ende August 1962 einer Konferenz der Wirtschaftsexperten kommunistischer Parteien vorgelegt wurden<sup>29)</sup>.

„Der ‚Gemeinsame Markt‘ führte nicht zur Bildung eines ‚konfliktlosen‘, ‚harmonischen‘ Westeuropas und konnte auch gar nicht dazu führen.“

25) Vgl. Beschluß des Politbüros der KP Belgiens, in „Le Drapeau Rouge“, vom 22. Februar 1962, S. 6.

26) Vgl. „L'Unita“, Rom, vom 4. Dezember 1959.

27) Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Ostberlin 1956, S. 36.

28) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Ostberlin, Nr. 9/1962, S. 733.

29) These 9, vgl. Abdruck der Thesen in „Neues Deutschland“, Ostberlin, vom 29. August 1962.

Allerdings sollen die italienischen Delegierten auf dieser Konferenz, Emilio Sereni und Eugenio Peggio, verlangt haben, die Realitäten des europäischen Wirtschaftslebens zu berücksichtigen<sup>30</sup>). Dazu gehöre, daß die westeuropäischen Arbeiter infolge der funktionierenden Wirtschaftsgemeinschaft höhere Löhne erhalten hätten und eine weitere Verbesserung ihrer Einkünfte erwarteten. Wenn man so primitiv gegen die EWG argumentiere, wie das in den Thesen geschehen sei, erschwere man die Arbeit der westeuropäischen Kommunisten.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Länder hatte sich gefestigt, nicht aber die Kooperation der Kommunisten Westeuropas. Zwischen ihnen bestehen weit größere Unterschiede als zwischen den Ländern, in denen sie tätig sind.

In den Beneluxländern und in der Bundesrepublik bilden die kommunistischen Parteien unbedeutende Gruppen, die kaum in der Lage sind, auf das politische Leben ihrer Länder einzuwirken. Das gilt nicht uneingeschränkt für Belgien; dort hat die KP während der großen Streiks im Dezember 1960 bewiesen, daß sie gewissen Einfluß ausüben kann. Im übrigen sind diese Parteien unter sich keineswegs einig. Die KPD ist verboten. Sie besitzt nicht einmal soviel Autonomie wie die anderen westeuropäischen KPs, sondern ist völlig von der SED abhängig. Die holländische Partei nimmt eine orthodoxe Haltung ein und neigt insofern der Kommunistischen Partei Frankreichs zu. Die belgische Partei verfißt ihre Autonomie und erörtert ihre Probleme öffentlich. Darin läßt sie Übereinstimmung mit der Kommunistischen Partei Italiens erkennen. Die KPI und die KPF sind die Hauptkräfte im heutigen westeuropäischen Kommunismus. Beide haben große Mitgliederzahlen, beide erhalten einen wesentlichen Anteil der Wahlstimmen, beide werden von alten Kominternfunktionären, Palmiro Togliatti und Maurice Thorez, geführt. Beide sind keine Anhänger Pekings, sondern bejahen Chruschtschows Koexistenzpolitik; denn weder die KPF noch die KPI könnte ihren Wählern erklären, der Weg zum Sozialismus gehe über die Atombombe. Dennoch sind sie in anderen Fragen keineswegs einig. Thorez dankt die Unterstützung, die er schon in der Kominternzeit von Moskau erhalten hat, durch Treue. Er hat sich immer für die „führende Rolle“ der KPdSU eingesetzt. Togliatti hatte in der Komintern

30) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 6. September 1962 und „Neue Zeit“, Moskau, Nr. 38/1962, S. 12 ff.

tern seit den dreißiger Jahren als Leiter des Mitteleuropäischen Sekretariats und dritter Mann nach Dimitroff und Manuilski eine weit höhere Funktion als Thorez, der erst aus der Armee desertierte und nach Moskau gegangen war, nachdem 1939 die Kommunistische Partei in Frankreich aufgelöst worden war. Togliatti zog aus seinen Erfahrungen andere Schlüsse als Thorez. Er trat für Gleichberechtigung und Autonomie der kommunistischen Parteien ein. Vielleicht beansprucht er auch unter Berufung auf seine frühere hohe Funktion heute den Vorrang vor Thorez, der ihm allerdings von den Sowjets verweigert wird. Auf dem XXI. Parteitag (1959) erhielt Togliatti zwar noch vor dem Vertreter der französischen KP das Wort; aber auf dem XXII. Parteitag (1961) durfte er erst als sechster Gastredner und nach Thorez sprechen. Möglicherweise beanspruchte der Italiener eine gewisse Führerstellung für seine Partei, weil sie die stärkste und einflußreichste Europas ist und sich seit Jahren in jener Volksfronttaktik übt, zu der sich alle Teilnehmer der Konferenz von Rom im November 1959 bekannten. Die Franzosen weigerten sich jedoch auf dieser Konferenz, die Führung der italienischen KP anzuerkennen. Auch der Vorschlag de Groot (Holland), ein „Internationales Informationsamt für die Europäischen Kommunistischen Parteien“ einzurichten, wurde nicht angenommen<sup>31</sup>). Wegen dieser Meinungsverschiedenheiten in Rom ist es zwar bisher in Westeuropa nicht wieder zu einer Konferenz von ähnlicher Bedeutung gekommen, aber weitere Zusammenkünfte haben stattgefunden. So hat z. B. die SED zugegeben, daß im September 1961 — nach dem Bau der Mauer — auf ihre Initiative eine Konferenz kommunistischer Parteien der Nachbarländer Deutschlands in Berlin zusammengetreten sei<sup>32</sup>). Aber ein Zentrum des westeuropäischen Kommunismus wurde nicht gebildet.

Dagegen entspann sich aus der Rivalität der größten Parteien Westeuropas und ihrer Führer eine schließlich öffentlich geführte Diskussion um die Lieblingsidee des einen, um Togliattis Polyzentrismus.

#### Eine afrikanische Gruppe?

Es ist charakteristisch für die Lage des Kommunismus in Afrika, daß am XXII. Parteitag der KPdSU erstmalig Vertreter von drei Parteien teilnahmen, die von sowjetischen Funk-

31) Vgl. „Corrispondenza Socialista“ (Herausgeber Eugenio Reale) vom 6. Dezember 1959.

32) Vgl. Bericht des ZK an den VI. Parteitag der SED (Auszüge), in „Neues Deutschland“, vom 11. Oktober 1962, S. 4.

tionären als nichtkommunistische Parteien bezeichnet wurden<sup>33</sup>). Es sind die sog. Demokratische Partei in Guinea, die People's Convention Party in Ghana und die Sudanese Union in der Republik Mali. Andererseits hatten einige kommunistische Parteien Afrikas (z. B. die Afrikanische Unabhängigkeitspartei des Senegal und die Südafrikas, beide sind illegal) keine Vertreter entsandt, lediglich ihre Grußadressen wurden verlesen. Alle kommunistischen Parteien Afrikas, die in Moskau vertreten waren (z. B. die marokkanische, die tunesische und die sudaneseische Partei), haben — mit Ausnahme der KP Algeriens — das Verhalten der albanischen Führer verurteilt<sup>34</sup>). Da sich nach dem XXII. Parteitag auch die algerische Partei der Verurteilung Albaniens angeschlossen hat, könnte der Eindruck herrschen, die kommunistischen Parteien Afrikas bildeten einen geschlossenen Block, der hinter der KPdSU stehe.

Das wäre falsch. Sozialistische und kommunistische Afrikaner beobachteten bei ihren Besuchen in China Verhältnisse, die denen in Afrika ähnelten. Die revolutionären Methoden, mit denen die Chinesen ihre Schwierigkeiten zu überwinden versuchten, erschienen den ungeduligen Afrikanern eher auf die heimatischen Bedingungen anwendbar als sowjetische Methoden, die eine Aufbauarbeit von Jahrzehnten voraussetzen<sup>35</sup>). Die Chinesen gewinnen in Afrika auch Anhänger durch ihr scharfes Auftreten gegen den Kolonialismus. So gelang es den Chinesen z. B., auf der bereits erwähnten Tagung des Weltfriedensrates im Dezember 1961 auch einige Afrikaner für ihren Standpunkt zu gewinnen<sup>36</sup>). Die chinesische revolutionäre Taktik findet selbstverständlich auch bei solchen Afrikanern Anklang, die Terroristen sind, wie der inzwischen ermordete Kameruner Félix-Roland

33) Vgl. I. I. Potechin, Artikel in „Narody Asii i Afriki“, Moskau 1962, Nr. 1, abgedruckt in „Ostprobleme“, 1962, S. 488.

34) Bemerkenswerterweise ist für die ägyptischen Kommunisten weder ein Sprecher auf dem XXII. Parteitag aufgetreten, noch eine Grußbotschaft verlesen worden. Die Kommunistische Partei Ägyptens ist auch nicht als Unterzeichner der Erklärung der 81 Parteien vom Dezember 1960 genannt. Dem entspricht, daß weder in den Jahrgängen 1961 der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ und „Aus der internationalen Arbeiterbewegung“ Beiträge über die Tätigkeit der ägyptischen Kommunisten enthalten sind, nur Proteste gegen die Unterdrückungsmaßnahmen Nassers wurden veröffentlicht (z. B. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, 1961, S. 380, 658, 758, 854).

35) Vgl. Fritz Schatten, „Nationalismus und Kommunismus in Afrika“, „Ostprobleme“, 1962, S. 482 ff. (mit Zitaten).

36) Schatten, a. a. O., S. 486.

Moumié und seine Anhänger<sup>37</sup>). Der chinesischen Partisanentaktik neigen illegale Kommunisten zu, die Gewaltakte vorbereiten, wie die Umkonto-We-Sizwe-Gruppe in Südafrika<sup>38</sup>).

An diesem Pro und Kontra gegenüber Russen und Chinesen beteiligen sich nicht etwa starke kommunistische Kräfte in Afrika. Selbst dort, wo bereits seit Jahren kommunistische Parteien tätig sind (wie in Marokko, Ägypten, Sudan und in Südafrika) haben sie keinen gewichtigen Einfluß ausüben können. In großen Teilen des Schwarzen Kontinents, z. B. im tropischen Afrika, bestehen überhaupt noch keine nennenswerten Parteien, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen<sup>39</sup>). Überall in Afrika, wo die Kolonialmächte abgetreten sind, haben sich — wie Ansprenger mit Recht hervorgehoben hat<sup>40</sup>) — die nationalen Befreiungsbewegungen durchgesetzt und nicht die Kommunisten.

Eine Besonderheit des afrikanischen Kommunismus ergibt sich aus der Tatsache, daß die wenigen Afrikaner, die während der Kominternzeit in der von Münzenberg organisierten Liga gegen den Imperialismus oder anderen Kominternorganisationen mitarbeiteten (wie der Algerier Messali Hadj und Tremoko Garan Kouyaté aus dem französischen Sudan), seit langem nicht mehr für den Kommunismus tätig sind. In der Führung der heutigen kommunistischen Parteien Afrikas befinden sich keine früheren Kominternfunktionäre, und damit fehlen Personen, die in den kommunistischen Parteien Europas, Asiens und Lateinamerikas wichtige Bindeglieder zu Moskau darstellen.

Der Afro-Kommunismus zeigt bisher spezifisch afrikanische Formen, und die Funktionäre sind nicht geneigt, sich einer außer-afrikanischen Zentrale zu unterstellen. Die Parteien haben sich auch noch nicht soweit konsolidiert, um eine eigene afrikanische Gruppe bilden zu können. Deshalb ist auch in Afrika kein Zentrum des Kommunismus zu erkennen.

## Lateinamerika

Die Situation in Lateinamerika ähnelt der in Afrika. Auch hier konnten die kommunistischen Parteien bisher keine großen Erfolge erringen, obwohl sie in den großen Ländern (z. B. in Argentinien, Brasilien und Mexiko)

37) Vgl. Schatten, „Afrika, Schwarz oder Rot“, München 1961, S. 249 ff.

38) Umkonto-We-Sizwe heißt „Speer der Nation“.

39) Vgl. Schatten, „Ostprobleme“, a. a. O., S. 487.

40) Vgl. Franz Ansprenger, African Profiles, in „Survey“, London, Nr. 43/1962, S. 79 ff.

seit Jahrzehnten tätig sind. Südamerika stand zur Zeit der Komintern zwar nicht im Zentrum des sowjetischen Interesses, wurde aber nicht so vernachlässigt wie Afrika. Mitte der zwanziger Jahre entstand im EKKI ein Südamerikanisches Sekretariat, und in Südamerika wurde ein ständiges Büro der Komintern eingerichtet<sup>41)</sup>, allerdings 1935, nach dem gescheiterten Revolutionsversuch in Brasilien, wieder aufgelöst. Die kommunistischen Umsturzpläne führten auch später nicht zum Ziel. Nur in einem der zwanzig lateinamerikanischen Länder, in Kuba, gelang es, die früheren Machthaber zu stürzen. Den Sieg errangen nicht kommunistische Arbeiter oder Bauern, sondern „kleinbürgerliche Revolutionäre“ unter ihrem Führer Fidel Castro, der sich zur Zeit seines Sieges (Januar 1959) nicht zum Kommunismus bekannte<sup>42)</sup>. An die Spitze einer kommunistischen Bewegung trat Castro erst im Sommer 1961 durch die Vereinigung seiner „Bewegung des 26. Juli“ und anderer Gruppen mit der kommunistischen Partei, die sich in Kuba zuletzt Partido Socialista Popular genannt hatte. Die daraus hervorgegangene einzige legale Partei Kubas heißt zur Zeit Organizaciones Revolucionarias Integradas (ORI), ihr endgültiger Name soll Partido Unido de la Revolución Socialista (PURS) sein<sup>43)</sup>.

Die Kommunisten geben den Sieg Castros als Modell für ganz Südamerika aus<sup>44)</sup>:

„Das Verdienst der kubanischen Revolutionäre besteht darin, daß sie ihre Revolution als eine gesamtkontinentale Erscheinung darstellen.“

Ob Kuba wirklich als Beispiel für den lateinamerikanischen Kontinent dienen kann, scheint zweifelhaft. In vielen Staaten Südamerikas stehen moderne Industriebetriebe neben vorkapitalistischen Wirtschaftsformen. Dadurch sind scharfe soziale Spannungen entstanden. Die Intelligenz erkennt die Diskrepanz zwischen gegebenen Möglichkeiten und den Aussichten, sie zu verwirklichen. Außerhalb Kubas sind aber kaum Bedingungen vorhanden, wie sie in Kuba vor der Revolution bestanden. Gewiß, es gibt sozialistische Anhänger Castros in den lateinamerikanischen Staaten. Robert

J. Alexander hat sie Jakobinerlinke genannt<sup>45)</sup>. Hierher gehören Parteien (wie die Union Republicana Democrática — URD — in Venezuela), die sich auf die Seite des Fidelismus stellten, oder Gruppen, die sich von bereits bestehenden Organisationen trennten (wie in Peru die APRA-Rebelde, die aus der APRA — Amerikanische Revolutionäre Volks-Allianz — hervorgegangen ist). Auch neue fidelistische Parteien bildeten sich (wie in Peru die Partido Social Progresista und in Mexiko ein „Movimiento de Liberación Nacional“)<sup>46)</sup>. Diese fidelistischen Gruppen sind nicht identisch mit den kommunistischen Parteien ihrer Länder. Die Kommunisten verfolgen eine Einheitsfronttaktik, die allerdings noch in ihren Anfängen steckt<sup>47)</sup>.

Bedeutend für die künftige Entwicklung ist die jahrzehntelange Verbundenheit prominenter südamerikanischer Kommunisten mit Moskau durch ihre Erfahrungen in der Kominternarbeit. Victorio Codovilla z. B., der auf dem XXII. Parteitag für die argentinische Partei sprach, gehört seit 1926 dem Präsidium des EKKI und später der Internationalen Kontrollkommission an<sup>48)</sup>. Im Südamerikanischen Büro der Komintern in Buenos Aires war er als Schatzmeister tätig, eine Position, die großes Vertrauen voraussetzt<sup>49)</sup>. Luis Carlos Prestes, heute noch Generalsekretär der brasilianischen KP, hat 1935 zusammen mit dem deutschen Beauftragten der Komintern, Arthur Ewert, einen Umsturz in Brasilien zu organisieren versucht<sup>50)</sup>. Gilberto Vieira, der auf dem XXII. Parteitag die KP Kolumbiens vertrat, ist seit Mitte der dreißiger Jahre kommunistischer Funktionär, hat also fast zwei Jahrzehnte unter Stalin gedient<sup>51)</sup>. Auch Blas Roca, der auf dem XXII. Parteitag im Namen der kubanischen Kommunisten Albanien verurteilte, stand seit Mitte der dreißiger Jahre an der Spitze der KP Kubas<sup>52)</sup>. Bereits 1928 saßen im Präsidium des VI. Weltkongresses der Komintern Vertreter Brasiliens, Argentinens, Uruguays, Mexikos, Chiles, Kolumbiens und Ekuadors. Die jahrzehntelange Verbundenheit der südamerikanischen Parteien mit Moskau zeigte sich auf dem XXII. Parteitag und danach. Wie

45) Vgl. Alexander, „Die Kommunisten und die Jakobiner-Linke“, in „Ostprobleme“, 1962, S. 258 ff.

46) Vgl. Alexander, a. a. O., S. 259.

47) Vgl. Arismendi, „Ostprobleme“, 1961, S. 364.

48) Vgl. The Communist International 1919—1943, Documents selected and edited by Jane Degras, London - New York - Toronto, Bd. II 1960, S. 574 ff.

49) Vgl. Alexander, „Communism in Latin America“, a. a. O., S. 35.

50) Vgl. Nollau, „Die Internationale“, a. a. O., S. 140.

51) Vgl. Alexander, a. a. O., S. 247.

52) Vgl. Theodore Draper, a. a. O., S. 121.

41) Vgl. Robert J. Alexander, „Communism in Latin America“, New Brunswick 1957, S. 34 und G. Nollau, a. a. O., S. 157.

42) Vgl. Robert J. Alexander, „Latin American Communism“, in „Survey“, London 1962, Nr. 43, S. 97.

43) Vgl. Theodore Draper, „Castro's Revolution, Myths and Realities“, New York 1962, S. 120 ff.

44) Vgl. Rodney Arismendi (Erster Sekretär der KP Uruguays) in „Kommunist“, Moskau, zitiert nach „Ostprobleme“, 1961, S. 364.

schon bemerkt, sprachen sich alle großen südamerikanischen Parteien gegen Albanien aus. Luis Corvalan, Sekretär der Chilenischen Partei, war außerdem bereit, die KPdSU als Vorhut der kommunistischen Bewegung ausdrücklich anzuerkennen. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion wiederholte er am 29. November 1961 vor dem chilenischen ZK dieses Bekenntnis und wandte sich ausdrücklich gegen einen Polyzentrismus, der nur zum Nationalismus führen und die internationale Einheit schwächen würde<sup>53</sup>).

Einen entschieden pro-sowjetischen Standpunkt nahmen auch die KP Brasiliens und Paraguays ein. Die Resolution des paraguayischen Zentralkomitees wurde sogar in der *Prawda* vom 12. Januar 1962 zitiert und in der Märzausgabe von „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ veröffentlicht<sup>54</sup>). Schon auf der Moskauer Novemberkonferenz 1960 hatte sich Prestes gegen die Versuche der Chinesen gewandt, in Südamerika Anhänger zu gewinnen<sup>55</sup>). Aus der Tatsache, daß alle größeren Parteien Südamerikas im Streit mit Albanien dem sowjetischen Standpunkt beipflichteten, kann geschlossen werden, daß die Bemühungen der Chinesen um Einfluß unter den Kommunisten Lateinamerikas bisher im ganzen genommen nicht erfolgreich gewesen sind<sup>56</sup>). Ob das Schweigen der Vertreter einiger kleiner mittelamerikanischer Parteien (Honduras, Guadeloupe, Dominikanische Republik, Martinique) zum Verhalten Albaniens auf Einflüsse der KP Chinas zurückzuführen ist, ist nicht bekannt.

Der Angriff des chilenischen Parteisekretärs Corvalan auf den Polyzentrismus läßt weiter erkennen, daß bei Personen seiner Denkungsart keine Neigung besteht, ein anderes Zentrum als Moskau anzuerkennen. Wenn auch Waffen des Ostblocks an Kuba geliefert werden, so liegt doch bisher noch kein Beweis dafür vor, daß die Revolution von Kuba aus in andere lateinamerikanische Staaten exportiert werden soll. Wenn auch die kubanische Revolution als Modell für Lateinamerika hingestellt wird, die führenden, in der Komintern erzogenen und Moskau verpflichteten lateinamerikanischen Kommunisten dürften kaum geneigt sein, den jungen Castro, der erst seit zwei Jahren Kommunist ist, als Leiter eines

lateinamerikanischen Zentrums anzuerkennen. Die Sowjetunion hat Castro militärisch und wirtschaftlich unterstützt, um in nächster Nähe der USA eine Machtposition aufzubauen; ob sie aber beabsichtigte, auf Kuba ein selbständiges Zentrum des lateinamerikanischen Kommunismus zu errichten, scheint zweifelhaft.

### Eine skandinavische Gruppe?

Im Exekutivkomitee der Komintern bestand ein Skandinavisches Sekretariat, dessen Zuständigkeit sich auf die skandinavischen Staaten einschließlich Island und Finnland erstreckte. An seiner Spitze stand in den zwanziger Jahren Otto W. Kuusinen und nach ihm der Deutsche Wilhelm Florin<sup>57</sup>). Die skandinavischen Staaten weisen auch heute einige Gemeinsamkeiten auf. Mehr noch als die Staatsform — die skandinavischen Länder sind, bis auf Finnland und Island, Monarchien — eint das skandinavische Bewußtsein. Auch die kommunistischen Parteien Skandinaviens zeigen einige Übereinstimmungen. Zu den 27 Parteien, die sich auf dem XXII. Parteitag nicht über Albanien äußerten, zählten immerhin vier aus Skandinavien (die isländische, die norwegische, die dänische und die schwedische KP). Von diesen haben nach dem Parteitag drei Albanien kritisiert. Nur die isländische Partei, in der Stalin noch zahlreiche Anhänger zu haben scheint, äußerte sich auch nach dem Parteitag nicht.

Über ihre gemeinsamen Probleme haben die kommunistischen Parteien Skandinaviens schon mehrfach, zuletzt im März 1962, in Helsinki beraten. Als kommunistische Parteien der Anliegerstaaten der Ostsee unterhalten sie gute Beziehungen zur SED und fördern den Besuch der seit einigen Jahren veranstalteten Rostocker Ostseewoche, die der „DDR“ eine Plattform bietet, sich als „Friedensmacht“ im Ostseeraum feiern zu lassen. Die SED wiederum stellt den kommunistischen Parteien Skandinaviens (mit Ausnahme der finnischen KP) auf sowjetzonalen Gebiet Häuser zur Schulung von Parteifunktionären zur Verfügung. Delegationen aus Ost-Berlin besuchen die Parteitage der skandinavischen Kommunisten und treten dabei mehr hervor, als die Gäste aus anderen Bruderparteien. Deswegen aber der SED eine Führerstellung gegenüber diesen kommunistischen Parteien zuschreiben zu wollen, wäre nicht gerechtfertigt. Auch für die Annahme, daß die skandinavischen Parteien eine Gruppe mit einem eigenen Zentrum bilden, ist keine ausreichende Grundlage vorhanden.

57) Vgl. G. Nollau, a. a. O., Seite 153.

53) Vgl. Mehnert, „Peking und Moskau“, S. 436 f.

54) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 3/1962, S. 237.

55) Vgl. Crankshaw in „New York Herald Tribune“, Paris, vom 20. Februar 1961, S. 5.

56) Über chinesische Anstrengungen berichten Victor Alba in „The China Quarterly“, London, Nr. 5/1961, S. 53 und Daniel Tretiak in der gleichen Zeitschrift Nr. 7/1961, S. 148.

Viele westliche Kenner des Weltkommunismus sprechen vom Polyzentrismus als von etwas Selbstverständlichem:

„Der Polyzentrismus ist eine der bedeutendsten Realitäten der Weltpolitik geworden<sup>58)</sup>.“

„Dies kennzeichnet den Abstand zwischen der Ära des Stalinschen Monozentrismus und der heutigen polyzentrischen Situation<sup>59)</sup>.“

„Für den sozialistisch gesinnten, von Marx inspirierten Afrikaner des Jahres 1962 präsentiert sich dieser Kommunismus auf eine vielfältige, polyzentrische Art<sup>60)</sup>.“

„Eine der bedeutsamsten Begleiterscheinungen des sowjetisch-chinesischen Konflikts ist die Tendenz zum Polyzentrismus in der internationalen kommunistischen Bewegung gewesen<sup>61)</sup>.“

Diesen Erklärungen kann man eine Äußerung Togliattis hinzufügen<sup>62)</sup>:

„Die Ausbreitung der kommunistischen Bewegung über die entlegensten Länder, die mannigfachen objektiven Unterschiede in der politischen Arbeit und den Arbeitsmethoden lassen den Polyzentrismus geradezu notwendig erscheinen.“

Dem ließe sich zustimmen, wenn statt Polyzentrismus — Vielfalt und statt polyzentrisch — vielfältig gesetzt würde. Aber wenn Worte einen Sinn haben sollen, ist der Ausdruck Polyzentrismus nur anwendbar auf einen Zustand, der neben einer gewissen Vielfalt auch eine Anzahl von Zentren erkennen läßt.

Der Versuch einer Definition wird von dem jugoslawischen Kommunisten Puniša Perović unternommen<sup>63)</sup>:

„Auf dieser Linie entstand die Idee des sogenannten Polyzentrismus, worunter die Möglichkeit der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien von Ländern mit verwandter Gesellschaftsstruktur und politischer Problematik auf regionaler Basis zu verstehen ist.“

58) Walter Laqueur, „Survey“, London, Nr. 42/1962, S. 1.

59) Boris Goldenberg, „Survey“, a. a. O., S. 172.

60) Fritz Schatten, „Nationalismus und Kommunismus in Afrika“ („Ostprobleme“ 1962, S. 487).

61) Donald Zagoria, „The Sino-Soviet Conflict“, 1956—1961, a. a. O., S. 394.

62) Togliatti über den XXII. Parteitag der KPdSU, wiedergegeben in „Ostprobleme“, Nr. 26/1961, S. 870.

63) Vgl. „Naša stvarnost“, Belgrad, Nr. 3/1962, zitiert nach „Ostprobleme“, Nr. 13/1962, S. 398.

Wir haben weiter zu fragen:

Was ist ein Zentrum? Wann kann einer von mehreren Parteien eine zentrale Stellung zugesprochen werden? Nicht alle Kriterien müssen vorhanden sein, die Moskau einst erfüllt hat:

organisatorische Führung,

politisch-ideologische Führung,

Anerkennung dieser Position durch alle oder durch eine Gruppe kommunistischer Parteien.

Aber das Bestehen eines „Zentrums“ wird bejaht werden können, wenn eine Partei entweder organisatorisch oder ideologisch führt und diese Führung mindestens stillschweigend durch die Parteien der Gruppe anerkannt wird.

## Zentrum Moskau

Eine Analyse der heute im Weltkommunismus bestehenden Gruppen anhand dieser Kriterien führt zu dem Schluß, es gibt nur ein unbestreitbares Zentrum: Moskau. Dieses Urteil bezieht sich nicht auf die frühere Stellung Moskaus als Zentrum des Weltkommunismus, sondern auf seine Position im osteuropäischen Block. Als Sitz der Organe des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, als Sitz der KPdSU, die durch „gegenseitige Hilfe“ und die Waffen der Roten Armee den Völkern des europäischen Ostblocks ihren Willen aufzwingen kann, ist Moskau ein echtes regionales Zentrum.

Klar ist auch, daß unter den westeuropäischen, lateinamerikanischen, afrikanischen und skandinavischen Parteien bisher kein Zentrum entstanden ist. Aber nur schwer ist die Frage zu beantworten, ob Peking in unserem Sinne ein Zentrum ist.

## Zentrum Peking

Sicher ist, die Chinesen nehmen eine führende Stellung für sich in Anspruch. Schon 1946 erklärte Liu Schao-tschü der amerikanischen Journalistin Anna Louise Strong<sup>64)</sup>:

„Mao Tse-tungs große Leistung ist es gewesen, den Marxismus von einer europäischen zu einer asiatischen Form zu wandeln . . .“

Die grundlegenden Prinzipien des Marxismus sind unzweifelhaft auf alle Länder anwendbar, aber ihre allgemeine Wahrheit auf die konkreten revolutionären Praktiken in China an-

64) Anna Louise Strong, „The Thought of Mao Tse-tung“ in „Amerasia“ Heft 6, Juni 1947, S. 161, zitiert bei Donald Zagoria, a. a. O., S. 14.

zuwenden, ist schwer. ...Mao hat nicht nur den Marxismus auf neue Bedingungen angewandt, sondern hat ihm auch eine neue Entwicklung gegeben. Er hat eine chinesische oder asiatische Form des Marxismus geschaffen."

Zu dieser Zeit waren noch keine Anzeichen erkennbar, daß die Chinesen den Russen die Führung im Weltkommunismus streitig machen würden.

Dennoch ließen die Äußerungen Liu Schaotschis darauf schließen, daß die Chinesen früher oder später die ideologische Führung zumindest für Asien beanspruchen würden.

Ihre Linientreue gegenüber Moskau geriet schon 1955/56 ins Wanken, also lange bevor die Risse im Weltkommunismus einem größeren Kreis sichtbar wurden. Schon zu dieser Zeit berichteten sowjetische Spezialisten, die in China arbeiteten, der Nationalstolz der Chinesen wachse, und manche Chinesen erklärten: „Warte noch zehn Jahre, dann werden wir die Plätze wechseln, dann werden wir der ‚große Bruder‘ sein“<sup>65</sup>).

Chruschtschow selbst bot den Chinesen die Gelegenheit, ihren Anspruch auf das ideologische Primat zu demonstrieren, indem er auf dem XX. Parteitag Stalins Verbrechen enthüllte. Offensichtlich tat er das aus inner-sowjetischen Gründen, d. h. in dem Bestreben, seine Widersacher (Molotow, Kaganowitsch und Malenkow) herabzusetzen, die mit Stalin noch enger verbunden gewesen waren als er selbst. Die Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung scheinen damals von Chruschtschow nicht erkannt worden zu sein; er hat die anderen Parteien auch nicht vorher konsultiert<sup>66</sup>). Die Chinesen kritisierten diese Haltung, aber sie taten mehr: sie bemühten sich, eine neue marxistische Analyse der Stalin-Ära zu liefern, die damals von vielen kommunistischen Parteien verlangt wurde. Schon Wochen vor der Systemkritik Togliattis im Juni 1956<sup>67</sup>) erschien in dem Zentralorgan der chinesischen Partei ein Artikel, in dem versucht wurde zu erklären, warum die damaligen Verbrechen so lange Zeit hindurch begangen werden konnten<sup>68</sup>). Zagoria sieht in diesem Artikel den Versuch, anstelle der bis dahin führenden Russen zur kommunistischen Weltbewegung zu sprechen — ein Versuch, der angesichts der platten sowjetischen Erklärung, alle Verbrechen seien auf Per-

sonenkult zurückzuführen, gerechtfertigt war. Auch auf dem Versagen der Sowjetunion, Stalins Taten ideologisch fundiert zu erklären, basierte der Vorwurf, den die Chinesen später in ihrem Brief vom 10. September 1960 gegen die KPdSU erhoben, sie habe ihre Verantwortung als führende Partei „vergessen“. Demgegenüber stehen die chinesischen Forderungen, die „führende Rolle“ der KPdSU anzuerkennen, in einem eigenartigen Licht. Drängten die Chinesen auf die Anerkennung einer führenden Partei nur deshalb, weil sie erwarteten, deren Position alsbald selbst einnehmen zu können?

Diese Erwartungen haben sich zwar noch nicht erfüllt. Aber es gelang der KPdSU nicht, die Chinesen zu isolieren, was Chruschtschow wahrscheinlich bezweckte, als er auf dem XXII. Parteitag unter dem Vorwand, Albanien abzukanzeln, China angriff. Die Gelegenheit war nicht schlecht gewählt, denn die zum Teil absurden Behauptungen der albanischen Führer und ihr provozierendes Auftreten bei der Novemberkonferenz von 1960 hatten viele Parteiführer verärgert. Dennoch konnten alle Zuhörer sehen, daß Tschou En-lai den Handschuh aufnahm, den Chruschtschow geworfen hatte. Während der Beifallskundgebungen, die auf den Bericht des sowjetischen Parteichefs folgten, blieb er als einziger der Gäste sitzen. Obwohl die chinesische Gruppe zusammenschmolz, löste sie sich nicht auf, obwohl Chinas Position im Fernen Osten nicht derart gefestigt ist wie Moskaus Stellung im europäischen Ostblock, wird man Peking den Rang eines politisch-ideologischen Zentrums nicht vorenthalten können.

#### Die italienisch-französische Diskussion über Polyzentrismus

Es ist versucht worden, den Ursprung der Polyzentrismusidee auf den Zeitpunkt der Kominformgründung vorzuverlegen<sup>69</sup>) und als Beweis dafür Shdanows Erklärung für die Gründung des Kominform heranzuziehen. Damals hatte Shdanow erklärt<sup>70</sup>):

„Mit der Umwandlung der jungen kommunistischen Parteien in Massenparteien der Arbeiter wurde jedoch die Leitung dieser Parteien von einer Zentrale aus unmöglich und unzweckmäßig.“

Diesen Worten lag jedoch nicht die vorgegebene Einsicht zugrunde. Vielmehr wollte Shda-

65) Aleksandr Kaznacheev, „Inside a Soviet Embassy“, Philadelphia and New York 1962, S. 123.

66) Vgl. G. Nollau, a. a. O., S. 280.

67) G. Nollau, a. a. O., S. 225.

68) Vgl. Zagoria, a. a. O., S. 47.

69) Vgl. René Ahlberg, „Osteuropa“, Heft 7/62, S. 451.

70) Vgl. „Informationskonferenz der Vertreter einiger kommunistischer Parteien in Polen“, Moskau 1948, S. 43.

now nur bemänteln, daß die bisherige Abhängigkeit der kommunistischen Parteien von Moskau durch ein neues Kontrollorgan, das Kominform, ergänzt werden sollte. Ähnliche, gleichfalls nur zu Täuschungszwecken gebrauchte Wendungen befanden sich bereits in dem Beschluß über die Auflösung der Komintern vom Mai 1943<sup>71)</sup>.

Togliatti unterschied im Jahre 1956 drei KP-Gruppen:

- a) Die kommunistischen Staatsparteien (dabei berücksichtigte er allerdings nicht die verschiedenen Entwicklungsstadien in den einzelnen kommunistisch regierten Ländern);
- b) nicht regierende kommunistische Parteien in Ländern, die den Sozialismus aufzubauen wünschten (hier dachte er offenbar an Entwicklungsländer);
- c) kommunistische Parteien, die den Sozialismus gemeinsam mit anderen politischen Bewegungen zu erreichen wünschten, ohne sich mit diesen Bewegungen bereits verständigt zu haben (die Lage dieser Gruppen stimmt mit der Situation der KP Italiens überein).

Wenig später erläuterte Togliatti, was er unter einem polyzentrischen System verstand<sup>72)</sup>:

„Die Lösung, die heute wahrscheinlich am meisten der neuen Situation entspricht, mag die sein, den einzelnen kommunistischen Parteien volle Autonomie einzuräumen und bilaterale Beziehungen zwischen ihnen herzustellen, damit volles gegenseitiges Verständnis und gegenseitiges Vertrauen erreicht werden, Bedingungen, die für die Zusammenarbeit und dafür erforderlich sind, die kommunistische Bewegung selbst und die gesamte fortschrittliche Bewegung der Arbeiterklasse zu einigen.“

Autonomie für jede Partei und bilaterale Beziehungen zwischen ihnen bezeichnete Togliatti damit als Lösung, die der neuen Situation entspreche. Er offenbarte zunächst nicht alles, was damals zwischen den kommunistischen Parteien erörtert worden war. Anlässlich des XX. Parteitages der KPdSU hatte, wie bereits erwähnt, eine Versammlung von Vertretern aller ehemaligen Kominformparteien beschlossen, eine „Organisation regionalen Typs“ zu bilden<sup>73)</sup>, z. B. ein gemeinsames Sekretariat der kommunistischen Parteien Westeuropas.

71) Vgl. Nollau, a. a. O., S. 223.

72) „L'Unita“, Rom, vom 26. Juni 1956 (abgedruckt in „The Antistalin Campaign and International Communism“, a. a. O., S. 215.

73) „L'Unita“, Rom, vom 2. Dezember 1961, zitiert nach „Ostprobleme“ 1961, S. 871.

Mauro Scoccimarro berichtete dem ZK der KP Italiens im Dezember 1961 sogar von verschiedenen regionalen Zentren, deren Errichtung 1956 zu erwarten gewesen sei. Togliatti fügte hinzu, die Versuche der französischen und italienischen Genossen, diesen Beschluß zu realisieren, hätten zu keinem Ergebnis geführt.

Eine solche neue Organisationsform entstand also nicht, aber offensichtlich wollte Togliatti dieses Thema noch einmal anschlagen, als er im Juni 1956 von Polyzentrismus sprach, denn regionale Organisationen hätten zur Grundlage eines Polyzentrismus werden können. Damals wurde Togliattis Idee weder von der KPdSU kritisiert noch von der moskautreuen kommunistischen Partei Frankreichs<sup>74)</sup>, die sogar im Jahre 1957 mit Togliattis Partei übereinkam, je einen ständigen Vertreter in die Zentrale der anderen Partei zu senden<sup>75)</sup>.

Ab 1956 ruhte die Debatte über den Polyzentrismus, obwohl über die Autonomie der kommunistischen Parteien einerseits und über die führende Rolle der KPdSU andererseits immer wieder diskutiert wurde. Erst nach dem XXII. Parteitag kam eine neue Diskussion in Gang. Sie wurde hervorgerufen durch den offenen Konflikt zwischen den Russen und Chinesen, und sie wurde verschärft durch die Rivalität zwischen den Italienern und Franzosen. Togliatti berichtete über den XXII. Parteitag<sup>76)</sup>:

„Die Ausbreitung der kommunistischen Bewegung über die entlegensten Länder, die mannigfachen objektiven Unterschiede in der politischen Arbeit und den Arbeitsmethoden lassen den Polyzentrismus geradezu notwendig erscheinen.“

Diese Formulierung rief Thorez auf den Plan<sup>77)</sup>:

„Von gewisser Seite aus beharrt man darauf, die These des Polyzentrismus zu entwickeln. Diese Formel — so fürchten wir — öffnet der Tendenz zur Fraktionsmacherei Tür und Tor, und wir sind entschlossen, dieser Gefahr durch den internationalen Zusammenhalt die Stirn zu bieten...“

Es gibt kein einheitliches Leitungszentrum, warum redet man dann davon, mehrere zu bilden?“

Togliatti hatte aber gar nicht von mehreren Leitungszentren gesprochen. Davon war nur

74) Vgl. „L'Humanité“, Paris, vom 7. Juli 1956.

75) Vgl. „Ostprobleme“ 1961, S. 870.

76) Vgl. „L'Unita“, Rom, vom 11. November 1961, zitiert nach „Ostprobleme“ Nr. 26/1961, S. 870.

77) „L'Humanité“, Paris, vom 30. 11. 1956, zitiert nach „Ostprobleme“ Nr. 26/1961.

1956 in den Verhandlungen der Kominformparteien die Rede gewesen. Inzwischen verbanden die Italiener andere Vorstellungen mit dem Begriff des Polyzentrismus<sup>78)</sup>:

„Wenn der Chef der Kommunistischen Partei Italiens von Polyzentrismus spricht, so will er damit das Fehlen eines einheitlichen Zentrums und infolgedessen die volle Autonomie der verschiedenen Parteien auf gemeinsamer ideologischer Grundlage hervorheben und nicht die Bildung verschiedener regionaler Zentren fordern.“

Indigniert fügte Togliatti hinzu:

„Die Interpretation und also auch die Polemik der französischen Genossen überraschen mich besonders deshalb, weil sie von kompetenten führenden Männern ausgehen, die um die Dinge in ihren Einzelheiten wissen.“

Auch die SED kritisierte die Polyzentristen<sup>79)</sup>. Demgegenüber sah sich die italienische Partei im Dezember 1961 zu einer Klarstellung veranlaßt. Politbüromitglied Longo erklärte<sup>80)</sup>:

„Die Formel des Polyzentrismus muß als zweideutig betrachtet werden. Tatsächlich hat dieser Ausdruck nicht mehr den Sinn, in dem wir ihn gebraucht haben. Es ist ein Irrtum, unserer Partei die These zuzuschreiben, daß es notwendig sei, regionale Zentren der Leitung und Organisation zu schaffen. Ich schlage vor, von jetzt an darauf zu verzichten, den Ausdruck Polyzentrismus zu gebrauchen, wenn dieser Ausdruck ein Element der Zweideutigkeit und der Verwirrung darstellen kann.“

Das italienische Zentralkomitee schloß sich dieser Auffassung an<sup>81)</sup>.

Bald darauf, im Januar 1962, erschien jedoch in der internationalen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, die stets der sowjetischen Linie gefolgt ist, ein ungezeichneter; d. h. offizieller Artikel, in dem der polnische Parteichef Gomulka wie folgt zitiert wurde<sup>82)</sup>:

„Man kann bezweifeln, daß irgendwelche regionalen Zentren solchen Typs notwendig

sind, doch das schließt die Zweckmäßigkeit regionaler Beratungen zwischen den Parteien zwecks gegenseitigen Austauschs von Informationen und Erfahrungen zwecks Festlegung der Formen des politischen Kampfes und der Arbeitsmethoden der dort tätigen Parteien absolut nicht aus.“

Gomulka bezweifelte also nur, daß regionale Zentren notwendig seien. Die Möglichkeit, sie später zu bilden, schloß er nicht aus. Die Sowjets erweisen sich in dieser Frage tolerant, vielleicht auch deshalb, weil sie sich über die Stellung Moskaus als regionales Zentrum in Osteuropa klar waren.

Zwei Zentren, Moskau und Peking, sind vorhanden; die Aussichten, daß ihre Zahl sich vermehrt, sind gering. Aber rechtfertigt die Existenz von zwei Zentren den Begriff Polyzentrismus? Wäre es nicht besser, den Ausdruck Duozenismus zu gebrauchen? Auch dieser Begriff würde den vielfältigen Erscheinungen im Weltkommunismus nicht gerecht werden<sup>83)</sup>. Durch ihn könnte der irrende Eindruck entstehen, die beiden Gruppen, in deren Mittelpunkt Moskau und Peking stehen, umfaßten alle Glieder der kommunistischen Weltbewegung. Die westeuropäischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Parteien lassen sich keinem dieser beiden Zentren eindeutig zuordnen, weil viele von ihnen darauf beharren, die kommunistischen Parteien seien heute autonom.

#### A u t o n o m i e

Diese Autonomie nehmen sowohl Parteien innerhalb als auch außerhalb des sowjetischen Machtbereichs für sich in Anspruch. Dafür einige Beispiele:

Gomulka<sup>84)</sup>:

„Jede Partei ist absolut selbständig, autonom und trägt die volle Verantwortung für das Land, in dem sie die Macht ausübt.“

Togliatti<sup>85)</sup>:

„Deswegen hatten u. a. die Beschlüsse des XX. Parteitages und vor allem die Bestätigung der politischen und organisatorischen Autonomie jeder kommunistischen Partei eine so große Bedeutung.“

Corvalan (KP Chile) an den XXII. Parteitag<sup>86)</sup>:

78) „L'Unita“, Rom, vom 2. 12. 1961, zitiert nach „Ostprobleme“ 1961, S. 871.

79) Vgl. Heermann Axen in „Neues Deutschland“ vom 2. Dezember 1961.

80) Das Zitat ist Longos Rede vor dem ZK entnommen (vgl. „L'Unita“ vom 23. Dezember 1961). Politbüromitglied Scoccimarro äußerte sich im gleichen Sinne. Auch seine Rede ist in „L'Unita“, vom 23. Dezember 1961 wiedergegeben.

81) Vgl. E. Berlinger — P. Togliatti, „La forza lo sviluppo e i compiti del P. C. I. nel momento presente“, Roma, 1962, S. 106.

82) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 1/1962, S. 53.

83) Auch Zagoria (a. a. O., S. 453) äußert Bedenken gegen den Begriff Duozenismus.

84) Vgl. „Trybuna Ludu“, Warschau, vom 23. November 1961.

85) Vgl. „L'Unita“, Rom, vom 11. November 1961.

86) Vgl. „The 22nd Congress of the Soviet Communist Party, Foreign Broadcast Information Service“, „Daily Report“, Washington 1961, Volume 19, S. 2.

„Eure Partei spielt die Rolle als Vorhut auf brüderlicher Weise und respektiert völlig die Unabhängigkeit jeder anderen Partei.“

Tschou En-lai an den XXII. Parteitag<sup>87)</sup>:

„Wir sozialistischen Länder und wir kommunistischen Parteien aller Länder unterstützen einander und arbeiten brüderlich zusammen auf der Grundlage von Unabhängigkeit und voller Gleichberechtigung.“

Chruschtschow<sup>88)</sup>:

„Heutzutage . . . ist es nicht möglich, alle sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien von irgendeiner Zentrale aus zu leiten . . . In den kommunistischen Parteien sind gestählte marxistisch-leninistische Kader herangewachsen, die ihr Land, ihre Partei leiten können.“

Moskau nimmt im europäischen Ostblock eine zentrale Position ein, verzichtet aber, den Erklärungen seiner führenden Politiker zufolge, auf die führende Rolle unter den kommunistischen Parteien.

Ein geheuchelter Verzicht?

Nach der Novemberkonferenz rechtfertigte Chruschtschow diesen Verzicht mit der Erklärung, daß die Anerkennung der führenden Rolle der KPdSU „weder unserer Partei noch den anderen Parteien den geringsten Vorteil“ böte<sup>89)</sup>. Auf eine fundierte ideologische Begründung lassen diese Worte nicht schließen. Daher wurde Chruschtschow vorgeworfen, und zwar von den ebensowenig ideologisch motivierten Albanern, er habe mit seinem Vorschlag, die These „unter Führung der Sowjetunion“ zu eliminieren, eine unzulässige Konzession an die Revisionisten gemacht und im übrigen dabei nur geheuchelt<sup>89)</sup>. Die Jugoslawen wiederum warfen den Chinesen vor, geheuchelt zu haben<sup>90)</sup>, als diese darauf drängten, der führenden Rolle der KPdSU Anerkennung zu verschaffen. Die Berechtigung dieses Vorwurfs schien durch das Verhalten der Chinesen auf der Novemberkonferenz von 1960 und auf dem XXII. Parteitag bestätigt zu werden.

87) Vgl. „The 22nd Congress . . .“, a. a. O., Bd. 7, S. 115.

88) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 1/1962, S. 26.

89) Vgl. „Zeri i Popullit“, Tirana, vom 9. Januar 1962, zitiert nach „Ostprobleme“, 1962, S. 188.

90) Vgl. Puniša Perović' Artikel in „Naša stvarnost“, Belgrad, Nr. 3/1962, abgedruckt in „Ostprobleme“ 1962, S. 394.

Diese Zeugnisse können beliebig vermehrt werden. Sie stehen stellvertretend für die Ansichten der meisten kommunistischen Parteien. Obwohl nicht alle diese Erklärungen für bare Münze genommen werden sollten, kann aus ihnen geschlossen werden, daß der Zug zur Autonomie den meisten kommunistischen Parteien eigen ist. Die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen die kommunistischen Parteien arbeiten, das weitverbreitete Streben nach Autonomie, erzeugen eine Vielfalt, die weit eher erlaubt, den Kommunismus polymorph als polyzentrisch zu nennen.

Das Bild dieses polymorphen Weltkommunismus wäre unscharf, wenn nicht auch die Faktoren dargestellt würden, die für die Lage des einst allumfassenden Zentrums, nämlich Moskau, bestimmend sind.

## Moskau — heute

Der sowjetische Führungsanspruch

Aber was ist die wahre Meinung der sowjetischen Kommunisten? Jahrzehntelang hatten Männer wie Kuusinen, Suslow und Ponomarew in der Komintern und im ZK der KPdSU mit der führenden Rolle ihrer Partei operiert. Es ist menschlich nur zu verständlich, daß sie an dem Führungsanspruch festhielten. Dafür gibt es, allen offiziellen Erklärungen zum Trotz, viele Anzeichen:

In ihrer Polemik gegen das neue Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens von 1958 erklärten die sowjetischen Autoren Fedosejew, Pomelow und Tschepraw<sup>91)</sup>:

„Die Teilnehmer der Beratung . . ., die im November des Jahres 1957 stattfand, stellten in der damals angenommenen Erklärung fest, daß das unbesiegbare Lager der sozialistischen Staaten von der Sowjetunion geführt wird. In diesen Worten findet die auf historischem Wege entstandene führende Rolle der Sowjetunion . . . ihren Niederschlag.“

So wurde die November-Deklaration von 1957 zugunsten der Sowjetunion ausgelegt.

Der Chefredakteur der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Alexej Rumjanzew, stellte fest, vom XX. Parteitag seien „einige neue prinzipielle Leitsätze aufgestellt“ worden, die praktisch zum Rüstzeug aller kommunistischen und Arbeiterparteien gehörten<sup>92)</sup>. Die Tendenz, die Parteitage der

91) Vgl. „Kommunist“, Moskau, Nr. 6/1958, deutsch in „Ostprobleme“ Nr. 12/1958, S. 428.

92) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 1/1962, S. 6.

KPdSU als vorbildlich für andere kommunistische Parteien hinzustellen, war auch nach dem XXII. Parteitag zu beobachten.

In dem bereits erwähnten ungezeichneten, d. h. offiziellen, Artikel der gleichen Zeitschrift hieß es:

„Die Plenartagungen der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien rufen einmütig alle Kommunisten auf, die Dokumente des XXII. Parteitages gründlich zu studieren. Mit den Beschlüssen des XXII. Parteitages ausgerüstet, werden die Kommunisten aller Länder noch sicherer den Kampf für den Sieg des Friedens und der Demokratie, für den Triumph des Kommunismus führen<sup>93)</sup>.“

So sollte der Eindruck hervorgerufen werden, alle Parteien hätten die Beschlüsse des XXII. Parteitages gebilligt. Die KP Chinas und ihre Anhänger wurden ignoriert.

Diese Tendenz wird durch einen Artikel von Victor Rudin unterstrichen, der im nächsten Heft der internationalen Zeitschrift erschien<sup>94)</sup>:

„Die kommunistischen Parteien unterstreichen in ihren Parteidokumenten die große historische Bedeutung des XX. und XXII. Parteitages der KPdSU und des auf dem letzten Parteitag angenommenen Programms und Statuts für die kommunistische Weltbewegung, für die weitere Vervollkommnung der organisatorischen Grundlagen ihrer Tätigkeit.“

Die beste Aussicht, unabhängig von den opportunistischen Erklärungen Chruschtschows die wahre Meinung der sowjetischen Kommunisten zu eruieren, bietet eine Durchsicht des neuen Programms der KPdSU, das auf dem XXII. Parteitag angenommen wurde. Das Programm enthält folgende knappe Formulierung<sup>95)</sup>:

„Die kommunistischen Parteien sind unabhängig und gestalten ihre Politik auf Grund der konkreten Verhältnisse ihrer Länder. Sie gestalten ihre Beziehungen zueinander auf der Basis der Gleichberechtigung, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Als Formationen des geeinten internationalen Heeres der Arbeit koordinieren sie ihr Vorgehen freiwillig und bewußt.“

Die Sowjets verlangen also nicht ausdrücklich die Führung, aber sie verzichten auch nicht ausdrücklich darauf. So entsteht der Eindruck, daß die sowjetischen Kommunisten die führende Rolle ihrer Partei gern wiederherstellen

93) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 1/1962, S. 53 ff.

94) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 2/1962, S. 116

95) Vgl. Boris Meißner, „Das Parteiprogramm der KPdSU 1903—1961“, Köln 1962, S. 172.

möchten und ihre Verzichtserklärungen nicht aufrichtig sind.

### Moskau kämpft um Einheit und Führung

Wiederholte sowjetische Appelle, zugunsten der Einheit Trennendes zurückzustellen, fanden bei vielen prominenten Kommunisten aus dem Ausland Widerhall, die nach wie vor Moskau eng verbunden sind.

In Stalins letzten Lebensjahren ähnelten die Beziehungen zwischen ihnen und Moskau einem Herrschaftsverhältnis. Dem totalen Terror entsprach der totale Gehorsam. Stalins Nachfolger mußten vielfältige Methoden anwenden, um die Krise zu überwinden, die durch den ungarischen Aufstand und seine Folgen im internationalen Kommunismus entstanden war. Ein Arsenal von teils alten, teils neuen Mitteln wurde aufgeboten, um die gefährdete „Einheit“ zu retten.

Dazu gehörten:

die militärische Intervention (Ungarn) und die Interventionsdrohung (Polen);

wirtschaftliche Hilfe (Mongolische Volksrepublik) und ihre Entziehung (Albanien und China);

zweiseitige Beratungen mit den Führern der Bruderparteien, in denen das Gewicht der KPdSU schwerer in die Waagschale fällt als bei Konferenzen mit zahlreichen Partnern (bilaterale Beratungen der KPdSU mit einzelnen Bruderparteien haben seit 1956 in großer Zahl stattgefunden);

umfassende Beratungen, wie die Novemberkonferenzen von 1957 und 1960; auch die Diskussionen auf dem XXII. Parteitag ähnelten einer solchen Beratung. Dabei kann versucht werden, eine widersprechende Bruderpartei mit der Masse der treuen Anhänger Moskaus zu konfrontieren und sie dadurch zu isolieren (dieses Mittel wurde — vergeblich — auf dem XXII. Parteitag gegenüber China angewandt). Einladungen an führende Kommunisten zu Kur- oder Erholungsaufenthalten.

Häufigere Teilnahme an Parteitagen der Bruderparteien; z. B. wurden die Parteitage der KPD (1957), der KP Japans (1958) und der KP Großbritanniens (1959) erstmalig seit 1945 von Delegationen der sowjetischen Partei besucht.

Die Zahl der bewährten kommunistischen Funktionäre aus aller Welt, die zum Besuch der Höheren Parteischule in Moskau zugelassen wurden, ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Häufiger als früher erhalten auch die Bruderparteien Briefe der KPdSU, die entweder der Information dienen (so z. B. ein Brief im Juni

1957 über den Ausschluß von Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Schepilow aus dem ZK) oder ein bestimmtes Verhalten empfohlen (so legte z. B. ein Brief der KPdSU vom Frühjahr 1958 den anderen Parteien nahe, den Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens nicht zu besuchen). Durch andere Briefe wirbt die sowjetische Partei um Anhänger (so z. B. in einem Brief über den Streit mit China vom 21. Juni 1960).

Auch finanzielle Hilfe der sowjetischen Partei an Bruderparteien spielt noch eine große Rolle, wenngleich nicht die dominierende Rolle wie in der Kominternzeit. Damals gab es nur eine regierende Partei. Heute können 12 kommunistische Parteien aus Staatsmitteln ihre Tätigkeit finanzieren. Andere kommunistische Parteien sind Massenparteien geworden und ziehen hohe Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Wirtschaftsunternehmen, die sie betreiben. Aber eine große Anzahl kleiner Parteien und besonders die etwa 35 illegalen Parteien in der Welt sind auf sowjetische Finanzhilfe angewiesen und erhalten sie.

Zur Schulung der Kommunisten in allen Ländern sind anstelle der stalinistischen Geschichtsklitterung „Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ (B) neue sowjetische Lehrbücher wie „Geschichte der KPdSU“ (1959) und „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (1960) geschaffen worden, die Geschichte und Lehre in einem Lichte zeigen, das den heutigen sowjetischen Führern zweckmäßig erscheint. Diese Bücher sind in zahlreichen fremden Sprachen veröffentlicht worden.

Die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ erscheint in mehr als 20 Sprachen und dient dazu, den Kommunisten in aller Welt die sowjetische Linie bekannt und verständlich zu machen.

Drei weitere Faktoren sind zu nennen, die Moskaus Position festigen:

1. Die Mehrheit der kommunistischen Parteiführer in aller Welt gehört noch zu jener Funktionärschicht, der Stalin die Linientreue im Fegfeuer der Säuberungen eingebrannt hat. Obwohl diese Kommunisten nicht mehr wie in der Komintern der „Internationalen Disziplin“ unterworfen sind, folgen viele der sowjetischen Partei aus „Solidarität“, die ein

Element des „proletarischen Internationalismus“ von heute ist.

2. Zugunsten der KPdSU dürfte auch wirken, daß die Ideologie, die den Rauchvorhang liefert, hinter dem die wahren Gegensätze verborgen werden, eine sowjetische Ideologie ist. Die Chinesen brachten ihren Konflikt mit der KPdSU zu Lenins neunzigstem Geburtstag durch einen Artikel „Lang lebe der Leninismus“ in die Öffentlichkeit<sup>96)</sup>. Sogar Enver Hodscha behauptete in seiner Brandrede vom 7. November 1961<sup>97)</sup>, daß seine Partei an den Thesen des Marxismus-Leninismus festhalte. Die Wirkung der Argumente dieser Paladine des Leninismus dürfte dadurch beeinträchtigt sein, daß sie päpstlicher sein wollen als der Moskauer Papst.

3. Schließlich haben der Haß gegen den Klassenfeind und die Meinung, Streitigkeiten im eigenen Lager nützten nur den Kapitalisten, dazu beigetragen, daß der bittere Konflikt zwischen China und der Sowjetunion bisher nicht zum offenen Bruch geführt hat. Gemeinsame Interessen der beiden Mächte sollten nicht übersehen werden. Z. B. hat China die Sowjetunion bei Aktionen gegen die „Imperialisten“ unterstützt. Sowjetische Atomexplosionen oder scharfe Schritte gegen West-Berlin fanden stets Beifall in der chinesischen Presse. Infolge dieser Umstände und durch Anwendung aller der genannten Mittel gelingt es den sowjetischen Kommunisten oft, bei Einzelaktionen ein übereinstimmendes Vorgehen fast aller kommunistischen Parteien zu erreichen. Daher entsteht hier und da der Eindruck, als ob die alte Einheit wiederhergestellt sei. Dieser Eindruck trügt. Das zeigt sich immer dann, wenn die nationalen Interessen einer kommunistischen Partei mit der Politik der Sowjetunion in Konflikt geraten. So lehnte Jugoslawien im November 1957 ab, die Deklaration der 12 Staatsparteien zu unterzeichnen, damit seine Unabhängigkeit aufzugeben und in den „Block“ zurückzukehren. China hat durch seine leidenschaftliche Opposition auf der Novemberkonferenz von 1960, durch seinen Widerstand und den Widerstand seiner Anhänger auf dem XXII. Parteitag bewiesen, daß durch die Erklärung der kommunistischen Parteien von 1960 nur eine Einheitsfassade errichtet worden war, die auf dem XXII. Parteitag einstürzte.

## Die Zukunft des Polyzentrismus

In den vergangenen sechs Jahren ist der Begriff Polyzentrismus in verschiedenem Sinne gebraucht worden. Togliatti nannte 1956 das System des Weltkommunismus „polyzentrisch“

in der Erwartung, daß sich regionale Zentren bilden würden. Er befand sich dabei im Ein-

96) Vgl. „Peking Review“, Nr. 27/1960.

97) Vgl. „Ostprobleme“, Nr. 26/1961, S. 846 ff.

Klang mit einem Beschluß, den die Mitgliedsparteien des Kominform anläßlich des XX. Parteitagess der KPdSU gefaßt hatten. 1961 wurde Togliatti von Thorez kritisiert, weil er einen Polyzentrismus erneut als notwendig bezeichnet hatte. Thorez Kritik entsprang der Besorgnis, daß die Bildung mehrerer Zentren Tendenzen zur Fraktionsmacherei verstärken könne. Derartige Neigungen hatten die Chinesen auf der Novemberkonferenz von 1960 unverblümt ausgesprochen. Togliatti aber fühlte sich zu Unrecht kritisiert, denn er verstand 1961 unter Polyzentrismus nur volle Autonomie der verschiedenen Parteien auf gemeinsamer ideologischer Grundlage, dürfte aber selbst eingesehen haben, daß ein solches System der kommunistischen Parteien nicht polyzentrisch genannt werden sollte. Die Einwendungen Longos und Scoccimarros gegen den künftigen Gebrauch des Wortes Polyzentrismus sind im Dezember 1961 zweifellos mit Togliattis Zustimmung vorgebracht und vom ZK der italienischen Partei gebilligt worden.

Obwohl der Begriff Polyzentrismus von den Kommunisten aufgegeben wurde, ist der Kampf um Einheit und Führung, den die sowjetische Partei aufgenommen hat, noch nicht beendet. Wie sind seine Aussichten? Natürlich hat dieser Kampf das Ziel, die alte Einheit im Weltkommunismus wiederherzustellen. Gomulka hat die Gewährung von Autonomie in inneren Angelegenheiten und von Gleichberechtigung in zwischenparteilichen Beziehungen für geeignet erklärt, die gegenwärtige Spaltung zu überwinden. Diese Meinung mag angesichts der Schärfe des Konflikts naiv erscheinen. Ob sie Gomulkas wahre Auffassung enthält oder ihm nur dazu dient, einen möglichst hohen Grad von Autonomie für seine Partei zu erringen, erscheint fraglich. In Wahrheit reichen Autonomie und Gleichberechtigung nicht aus, die Spaltung zu beseitigen. Die Chinesen drohen sogar, ihre Autonomie zu benutzen, um die ärgste Ketzerei, Fraktionsarbeit, zu betreiben. Um den Konflikt zu überwinden, müßten widerstreitende nationale Interessen ausgeglichen werden. Um Chinas riesige Bedürfnisse zu befriedigen, müßte die Sowjetunion ihr Hilfsprogramm für die sogenannten blockfreien Staaten aufgeben bzw. stark reduzieren und den „Übergang zum Kommunismus“ verlangsamen. Aber durch eine solche Hilfe würde China wahrscheinlich in die Lage versetzt, bald Atombomben zu bauen und in eine Position zu gelangen, von der aus die sowjetische Koexistenzpolitik aus den Angeln gehoben werden könnte.

Chruschtschow wird daher auf diese oder ähnliche Weise die Spaltung nicht beseitigen. Mit dem Weiterbestehen von zwei Zentren — Moskau und Peking — ist auf unabsehbare Zeit zu rechnen. Gelegentliche Bekenntnisse zur „unverbrüchlichen Einheit“ der kommunistischen Bewegung oder zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus ändern daran nichts. Werden aber weitere Zentren und damit ein echter Polyzentrismus entstehen?

Bisher sind Zentren dort entstanden, wo — neben anderen günstigen Voraussetzungen — kommunistische Parteien die Staatsmacht übernommen haben: in Rußland und China. Jugoslawien ist zwar ein kommunistischer Staat; sein System hat bei einzelnen Kommunisten und linken Sozialisten Anklang gefunden. Aber Jugoslawien hat keine Gruppe von kommunistischen Parteien um sich gesammelt, deren Zentrum es wäre. Die Aussichten Kubas, zum Zentrum Lateinamerikas zu werden, sind gering. Noch weniger wahrscheinlich ist es, daß in Westeuropa eine kommunistische Partei zur Staatspartei wird oder auf andere Weise eine zentrale Position erlangt. Viele Politiker Afrikas sind zwar von einer all-afrikanischen Gesinnung geleitet, aber die einflußreichen unter ihnen sind keine linientreuen Kommunisten. Ihr Unabhängigkeitssinn scheint derart zu dominieren, daß sichtbare Neigungen zu Peking oder Moskau nicht überbewertet werden sollten. Tendenzen, aus denen sich die führende Position einer afrikanischen Partei entwickeln könnte, sind nicht erkennbar. Die nahe Zukunft eines echten Polyzentrismus sieht daher nicht vielversprechend aus.

Dagegen ist ein Fortbestehen der heutigen Vielfalt im Weltkommunismus mit dem Streben der KPdSU, die Einheit der Bewegung zu festigen, durchaus vereinbar. Die sowjetische Partei wird zumindest in Osteuropa und gegenüber den kommunistischen Parteien des Westens ihre dominierende Position erhalten können, solange Hunderte von Spitzenfunktionären in der Sowjetunion das „Vaterland der Werktätigen“ erblicken; solange eine weitere große Zahl von Funktionären aus Opportunismus linientreu handelt; solange Moskau große Mittel aufwenden kann, um durch Einladung von führenden Kommunisten, durch Schulung ihrer Nachfolger und durch Förderung ihrer Parteien den sowjetischen Einfluß zu bewahren; solange die Sowjetunion eine Politik betreibt, die den Anschein erweckt, auf Erhaltung des Friedens gerichtet zu sein, und doch den Sieg des Kommunismus in der Welt verspricht. Damit ist nicht die alte Einheit wie-

derhergestellt, die auf Befehlen Stalins an die kommunistischen Parteiführer beruhte. Damit ist auch nicht gesagt, wie der Kampf um Anhänger ausgehen wird, der zwischen den sowjetischen und chinesischen Kommunisten in

Ob die Chinesen durch Shen Chien, ihren Botschafter in Kuba, von dem Einbau der sowjetischen Raketen erfahren und ihren neuen Vorstoß im Himalaja zeitlich mit dem kubanischen Abenteuer Chruschtschows abgestimmt haben, ist noch nicht sicher. Dagegen steht fest: Sowohl der sowjetische Rückzug aus Kuba als auch der Angriff Chinas auf indisches Gebiet haben den sowjetisch-chinesischen Konflikt verschärft und die Gegensätze zwischen den im Weltkommunismus bestehenden Gruppen hervortreten lassen.

Bevor Chinas Vertreter im Dezember 1960 die Erklärung der 81 Parteien unterzeichneten, hatten sie verlangt, binnen zwei Jahren sollten erneute Beratungen der KP stattfinden, um zu prüfen, welche Ergebnisse durch die Koexistenzpolitik erreicht worden seien. Schon vor der Kubakrise waren keine Anzeichen dafür erkennbar, daß in Moskau — etwa anläßlich der 45-Jahrfeier der Oktoberrevolution — eine derartige Konferenz stattfinden werde. Auf dem Parteitag der KP der CSSR verlas der 1. Sekretär Novotny am 9. Dezember 1962 ein Schreiben der KP Chinas, in dem erneut vorgeschlagen wurde, eine Beratung aller kommunistischen Parteien stattfinden zu lassen. Offenbar wollten die Russen sich aber offenen Angriffen der Chinesen nicht stellen. Auf einer Konferenz, die nach dem Rückzug aus Kuba stattgefunden hätte, wären derartige Angriffe mit Sicherheit verschärft vorgetragen worden, denn die Chinesen hätten den Ereignissen Argumente für ihre schon früher aufgestellte These entnehmen können, Chruschtschow trete gegen die Imperialisten zu schwach auf. Deshalb ließ der sowjetische KP-Chef nur Vertreter der osteuropäischen Gruppe nach Moskau kommen. Auch diese engsten Verbündeten berief er nicht zu einer gemeinsamen Konferenz. Schon am 29. Oktober, einen Tag, nachdem Chruschtschow versprochen hatte, die Raketen aus Kuba abtransportieren zu lassen, erschien der tschechische Parteichef Novotny in Moskau. In den letzten Oktobertagen war Schiwkoff, der bulgarische Parteiführer, bei Chruschtschow. Am 1. November traf Ulbricht dort ein. An den nächsten Tagen folgten Gomułka und Kadar. Bei der 45-Jahr-Feier der

den Entwicklungsländern im Gange ist. Aber die Aussicht, daß Moskau im Weltkommunismus noch längere Zeit Zentrum in der heutigen modifizierten Form bleiben wird, ist ziemlich groß.

## Nachwort

Oktoberrevolution waren die Russen wieder unter sich.

Aber in Peking benutzte Außenminister Chen Yhi den 45. Jahrestag, um Chruschtschow versteckt anzugreifen. Er betonte, dem imperialistischen Aggressor dürfe man keine Konzessionen machen. Freundlicher äußerte sich Ho Chi Minh, der Präsident Nordvietnams, zum 45. Jahrestag. In einem Artikel beglückwünschte er das Sowjetvolk, „das von der ruhmreichen KPdSU mit dem Genossen Chruschtschow an der Spitze geführt“ werde<sup>98)</sup>, ohne die Kubakrise zu erwähnen. Eine solche Namensnennung Chruschtschows ist aus der chinesischen Presse nicht bekanntgeworden. Dagegen griff am 7. November Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros der Albanischen Partei der Arbeit, Chruschtschow scharf an. Er feierte Lenin und Stalin und nannte die modernen Revisionisten wie Chruschtschow und Tito eine verräterische Bande. Jugoslawien und Tito dienten auch den Chinesen als Prügelknaben, während ihre propagandistischen Schläge tatsächlich auf Chruschtschow zielten. Unter deutlicher Anspielung auf Chruschtschows Zurückweichen in der Kubakrise schrieb das Zentralorgan der KP Chinas:

„Wenn man sich gegenüber dem Imperialismus beugt, zusammenknickt oder sogar auf Kosten der Interessen des revolutionären Volkes um Frieden bittet, ermutigt man den Imperialismus nur, seine Politik der Aggression und des Krieges räuberischer auszuführen<sup>99)</sup>.“

Und über die „Titogruppe“ hieß es in Peking Review<sup>100)</sup>: „Als Castro... den unerhörten Vorschlag der internationalen Inspektion und Kontrolle verwarf..., enthüllten die Titoisten völlig ihre boshafte Züge als Komplizen des Imperialismus.“

In der Sache nicht weniger scharf war Tschu En-lai, als er die Einigung über Kuba als „sowjetisches München“ bezeichnete.

Dagegen äußerten sich die sowjetischen Kommunisten zu dem chinesischen Angriff im Hi-

98) Vgl. „Neue Zeit“, Moskau, 7. November 1962, S. 6.

99) „Jenmin Ji-pao“ vom 15. November 1962, abgedruckt in „Peking Review“ Nr. 47, 48/1962, S. 28.  
100) A. a. O., Nr. 46 vom 16. November 1962.

malaja wesentlich vorsichtiger. Durch ihn ist Chruschtschow in ein kaum lösbares Dilemma geraten: Unterstützt er Indien, so riskiert er einen endgültigen Bruch im Weltkommunismus. Stellt er sich aber auf die Seite Pekings, so verdirbt er es nicht nur mit Indien, sondern setzt die Beziehungen der Sowjetunion zu allen blockfreien Staaten aufs Spiel. Damit läuft er Gefahr, gegen schwerwiegende außenpolitische Interessen der Sowjetunion zu verstoßen.

Bis Mitte Oktober schwieg Moskau über den chinesischen Angriff. Erst nachdem die chinesischen Verhandlungsvorschläge am 23. Oktober veröffentlicht worden waren, wurde in einem Leitartikel der Prawda vom 25. Oktober<sup>101)</sup> positiv — zwar nicht zu dem Angriff selbst — aber zu den chinesischen Vorschlägen Stellung genommen, die von der indischen Regierung abgelehnt worden waren. Diese Unterstützung Chinas wurde aber nicht fortgesetzt, als die Chinesen und ihre Anhänger die sowjetische Kubapolitik scharf kritisierten. In einem grundlegenden Artikel „Das siegreiche Banner der Kommunisten der Welt“, schrieb Boris Ponomarjow, der als Präsidiumsmitglied für die internationalen Beziehungen der KPdSU verantwortlich ist, die albanischen Kommunisten hätten im Zusammenhang mit der Kubakrise eine schamlose und provokatorische Kampagne entfaltet und ihren Kurs auf Durchkreuzung der friedlichen Koexistenz und auf Entfesselung eines Atomkrieges gerichtet<sup>102)</sup>. Albanien hatte zwar gegen die Sowjetunion gehetzt, aber einen Atomkrieg zu entfesseln, ist der Zwergstaat nicht in der Lage. Daher konnte sich dieser Vorwurf nur gegen die Chinesen richten, die Ponomarjow, wie üblich, nicht nannte. Nicht alle kommunistischen Parteien wandten sich gegen China. Nordkoreanische Blätter und Rundfunksendungen übernahmen sogar die Version, die China verbreitete: Die reaktionäre indische Clique sei soweit gegangen, das Feuer gegen China zu eröffnen<sup>103)</sup>.

In ein Dilemma gerieten auch die indischen Kommunisten. Entschieden sie sich im nationalen Interesse, so mußten sie gegen die chinesische Bruderpartei auftreten. Nach der Entwicklung der indischen KP in den letzten Jahren konnte nicht zweifelhaft sein, wie sie sich entscheiden würde: Anfang November beschloß der Nationale Rat der Kommunisti-

schen Partei Indiens, das Vaterland gegen die chinesische Aggression zu verteidigen<sup>104)</sup>. In der Resolution wurden sogar die Waffenkäufe Delhis im westlichen Ausland gutgeheißen. Das ist zwar außerordentlich, aber nicht einmalig. 1942 hatten sich die indischen Kommunisten nach Erhalt einer entsprechenden Weisung der Komintern sogar bereitgefunden, die britische Kriegspolitik zu unterstützen, was im Interesse der Sowjetunion lag. Sie wurden dafür aus dem Lager Deoli entlassen, in dem Nehru, Gandhi und ihre Anhänger zurückblieben, die den Engländern in dieser Lage keine Konzessionen machten<sup>105)</sup>. 1962 erhielt Nehru an der Spitze eines indischen Nationalstaates die Unterstützung der KP Indiens, die sich, ohne eine Weisung aus Moskau empfangen zu haben, gegen einen kommunistischen Staat erklärte. Dieser Vorgang läßt erkennen, welche Wandlung sich im Weltkommunismus seit 1945 vollzogen hat. Ein anderer Aspekt dieser Wandlung wurde auf den Parteitag sichtbar, die im Herbst 1962 von den Kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, Italiens und der CSSR abgehalten wurden.

Der VIII. Parteitag der Kommunisten Bulgariens begann mit einer Überraschung. Der Erste Sekretär der Partei, Todor Schiwkoff, der gerade aus Moskau zurückgekehrt war, richtete am 5. November scharfe Angriffe gegen den früheren Parteiführer Vulko Tschewenkoff, Dimitroffs Schwager, gegen Anton Jugoff, den bisherigen Regierungschef, Georgi Zankoff, seinen Stellvertreter, und andere Zentralkomiteemitglieder. Jugoff und seine Anhänger hatten im Oktober die Politik der „Friedlichen Koexistenz“ und den sowjetischen Rückzug aus Kuba kritisiert. Schiwkoff beschuldigte sie, die „Prinzipien der sozialistischen Gesetzlichkeit“ verletzt und eine Fraktionstätigkeit betrieben zu haben. Alle Beschuldigten wurden ihrer Staats- und Parteifunktionen enthoben<sup>106)</sup>.

Schiwkoff kritisierte aber auch die Politik der albanischen Führung. Und nun wiederholte sich, was schon auf dem XXII. Parteitag eingetreten war: Der chinesische Delegierte, Wu Hsiu-chuan, beklagte, daß die Albanische Partei der Arbeit einseitig und grundlos kritisiert worden sei. Damit werde, so erklärte er, auf Chruschtschow anspielend, eine üble Praxis wiederholt, die die internationale Solidarität

101) Der Artikel ist in „Neues Deutschland“ vom 26. Oktober 1962 abgedruckt.

102) „Prawda“ vom 18. November 1962, auszugsweise abgedruckt in „Neues Deutschland“ vom 19. November 1962.

103) „Asian Analyst“, London, Oktober 1962, S. 9.

104) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 3. November 1962.

105) Vgl. Nollau, „Die Internationale“, 2. Auflage, S. 221.

106) „Radio Sofia“ am 5. November 1962.

zerstöre<sup>107</sup>). Anders als auf dem XXII. Parteitag der KPdSU sprach aber in Sofia der chinesische Delegierte nicht als einziger gegen die Kritik an Albanien. Der Vertreter der burmesischen Kommunisten schloß sich ihm ausdrücklich an<sup>108</sup>).

Diese Vorgänge wiederholten sich auf dem VIII. Parteitag der ungarischen Kommunisten, der am 20. November in Budapest eröffnet wurde.

Der Parteichef Janos Kadar griff die albanischen Kommunisten an. Otto W. Kuusinen, der Kominternveteran, sekundierte ihm als sowjetischer Delegierter. Wu Hsiu-chuan, der die KP Chinas vertrat, bedauerte, daß „offene und einseitige Angriffe“ gegen Albanien gerichtet worden waren<sup>109</sup>). Raymond Guyot, Politbüromitglied der KP Frankreichs, gab sich überrascht, weil die Chinesen die Albaner unterstützten. Diese namentliche Nennung der Chinesen rief deren Anhänger auf den Plan: die Delegierten Chinas, Nordkoreas, Nordvietnams und Burmas applaudiertem dem Franzosen nicht<sup>110</sup>).

Noch schärfer wurde der Streit auf dem X. Parteitag der italienischen Kommunisten. Schon in seiner Eröffnungsansprache griff der Gastgeber Togliatti die Chinesen an, deren Grenzkonflikt mit Indien er unbedacht und sinnlos nannte. Erstaunlich sei die Solidarität der Chinesen mit den Albanern, diesen „Totengräbern der Einheit des Kommunismus“<sup>111</sup>). Togliatti erhielt die Zustimmung des sowjetischen Vertreters Frol Koslow, des zweiten Mannes der KPdSU. Mao Tse-tung hatte zwar nur einen Kandidaten des Zentralkomitees nach Rom entsandt, um zu zeigen, wie gering er die KP Italiens schätze, aber Tschao Jiming erwiderte scharf auf die offenen Angriffe gegen seine Partei und die albanischen Bundesgenossen. Und als er Tito, der am gleichen Tage zu seinem Besuch in der Sowjetunion eintraf, einen Verräter nannte, da war klar, daß mit dieser Beschimpfung auch Chruschtschow gemeint war. Tschao Jimings Rede wurde wiederholt von Mißfallenskundgebungen unterbrochen, und gleich darauf mußte er hören, wie Dolores Ibarruri für die spanische Partei Albaner und Chinesen scharf verurteilte<sup>112</sup>). Die Albaner, erklärte sie, könne man nicht mehr als Kommunisten

ansehen. In ähnlicher Weise wurden die Albaner und Chinesen auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei offen verurteilt. Aber auch in Prag erhielten die Chinesen Unterstützung, und zwar durch die koreanische Delegation. Dieser Kongreß richtete am 8. Dezember 1962 einen Aufruf an die Kommunistischen Parteien der Welt, „sich um die KPdSU zu scharen“, was ganz im Sinne der Linie der tschechischen Partei liegt, die immer dafür eingetreten ist, die führende Rolle der KPdSU anzuerkennen.

Neben dem Streit auf den Parteitagen läuft die Auseinandersetzung in der Presse.

In dem schon erwähnten Artikel zum 5. Jahrestag der Beratungen von 1957 betonte Ponomarjow die Bedeutung des Kampfes gegen den Dogmatismus<sup>113</sup>), dem nach sowjetischer Interpretation die Chinesen verfallen sind. Gleichfalls im November veröffentlichte die unter Moskauer Einfluß stehende internationale Zeitschrift des Kommunismus einen Artikel, in dem es hieß, heute wachse die Bedeutung der Deklaration von 1957: auch der Dogmatismus könne die Hauptgefahr darstellen<sup>114</sup>). Damit wurde M. A. Suslows Versuch fortgesetzt, an die Stelle des Hauptfeindes „Revisionismus“, den die Deklaration von 1957 in erster Linie nominiert hatte, den „Dogmatismus“ zu setzen. Nichts anderes bedeutete auch die Demonstration Chruschtschows, der auf dem Moskauer Bahnhof Tito, das Haupt des Revisionismus, als „treuen Genossen“ in die Arme schloß.

Zu Unrecht nannte Ponomarjow die sowjetische Partei „die allgemein anerkannte Avantgarde der kommunistischen Weltbewegung“<sup>115</sup>), denn die Streitigkeiten, die seit der Moskauer Konferenz der 81 andauern, haben gezeigt, daß die KPdSU nicht mehr allgemein anerkannt ist. Nur deshalb hat die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ihren Aufruf vom 8. Dezember erlassen. Aus Ponomarjows Erklärungen ergab sich jedoch: allen früheren Verzichtserklärungen zum Trotz, hält die sowjetische Partei an dem alten Führungsanspruch fest. Dieser Anspruch war von den Albanern bestritten worden. Am 13. Oktober wurde in der Zeitung Zeri i popullit gefordert, eine Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in Kauf zu nehmen, der Führung durch die KPdSU „den Todesstoß“ zu versetzen und um den Preis „beliebiger schmerzhafter Folgen mit der Linie Schluß zu machen“,

107) „Peking Review“, 16. November 1962, S. 11.

108) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 14. November 1962.

109) Vgl. „Peking Review“, Nr. 47/48/1962, S. 34.

110) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 23. November 1962.

111) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 5. Dezember 1962.

112) Vgl. „Die Welt“ vom 5. Dezember 1962.

113) Vgl. „Prawda“ vom 18. November 1962.

114) Vgl. „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 11/1962, S. 936.

115) Vgl. „Prawda“, a. a. O.

die von der KPdSU verfolgt wird <sup>116</sup>). Dieser Kampf der Albaner dient dem Anspruch auf die ideologische Führung im Weltkommunismus, der von den Chinesen erhoben wird.

Um auch der chinesischen Behauptung entgegenzutreten, ihre Taktik sei für die unterentwickelten Völker Asiens und Afrikas geeignet, wurde in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ ein Leitartikel des sudanesischen Kommunisten Mamun veröffentlicht <sup>117</sup>). Der Sudanese erklärte, es sei grundfalsch, sich von einem neuen Weltkrieg eine Förderung der nationalen Befreiungsbewegungen zu erhoffen. Auch die friedliche Koexistenz sei eine besondere Form des Klassenkampfes, der ohne Krieg, ohne Einmischung des einen Staates in die inneren Angelegenheiten anderer Völker geführt werde. Dieser Kampf stelle eine große historische Offensive gegen den Imperialismus dar. Dagegen werde es niemand wagen, sich vor den Völkern für den Beginn eines neuen Weltkrieges einzusetzen.

Wenn auch die Chinesen in diesem Artikel nicht genannt wurden, rückte der Autor doch deutlich von der aggressiven chinesischen Taktik ab, die gerade gegenüber Indien angewendet wurde, und er zeigte einen anderen Weg zur Befreiung vom Kolonialismus, den sowjetischen Weg der friedlichen Koexistenz. Auf diese Weise wird versucht, die Brauchbarkeit der sowjetischen Taktik und damit den sowjetischen Führungsanspruch auch für die unterentwickelten Länder nachzuweisen.

Die Kommunistische Partei Chinas ließ in ihrer Presse in aller Schärfe die Angriffe zurückweisen, die auf den Parteitagen im Herbst 1962 gegen ihre Politik gerichtet worden waren. In der chinesischen Presse wurde das schon auf dem XXII. Parteitag der KPdSU von Tschou En-lai vorgebrachte formale Argument wiederholt, derartige Angriffe verletzen die Moskauer Erklärung der 81 (weil sie öffentlich und nicht, wie dort vereinbart, gegenüber der Führung der KP Chinas vorgebracht worden waren). Die Chinesen warfen aber auch den Russen „Großmacht-Chauvinismus“ vor. Damit rührten sie an den wahren Kern des Konflikts, der, wie schon erwähnt worden ist, in einem Widerstreit nationaler Interessen besteht.

In diesem Lichte gesehen, war der Angriff der Chinesen im Himalaja nicht so sinnlos, wie ihn Togliatti auf dem X. Kongreß seiner Par-

tei nannte. Durch schnelles Vorrücken demonstrierten sie der Welt, vor allem aber ihren Nachbarn, daß China die stärkste Landmacht in Südostasien ist. Der chinesische Angriff sollte aber auch eine Demonstration gegenüber der KPdSU und den anderen kommunistischen Parteien darstellen. Durch ihn setzte sich die KP Chinas über die sowjetische Koexistenz hinweg und führte Chruschtschows Behauptung ad absurdum, lokale Kriege könnten zum Atomkrieg führen. Ferner hat Peking Moskau vor die Frage gestellt, ob es die bisher als leninistisch erklärte Linie der Koexistenzpolitik aufgeben oder darauf verzichten will, im Weltkommunismus jemals wieder zur Einheit zu gelangen. China hat damit nachdrücklich seine Autonomie gezeigt, eine Autonomie, die auch Togliatti, einer der schärfsten Gegner der Chinesen, auf dem X. Kongreß seiner Partei für die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder in Anspruch nahm. Den Polyzentrismus erwähnte er nicht mehr.

Diese Autonomie ist zwar keine absolute. Die Mehrheit der kommunistischen Parteien befindet sich noch in einer Abhängigkeit von Moskau, die je nach Lage des Einzelfalles mehr oder minder stark ist. Aber es gibt bereits kommunistische Parteien und kommunistische Staaten — das haben Jugoslawien und China bewiesen —, die gegen sowjetische Interessen, gegen gemeinsame Beschlüsse und Deklarationen der kommunistischen Parteien entscheiden. Die alte Einheit im Weltkommunismus besteht nicht mehr. Im Gegenteil! Die offenen Beschuldigungen des Verrats an der Arbeiterklasse, der Spaltertätigkeit, der Feigheit und des Abenteuerertums, die seit dem XXII. Parteitag der KPdSU zwischen der sowjetischen und der chinesischen Gruppe sowohl in Presse und Rundfunk als auch auf Parteitagen wechselseitig erhoben wurden, sind ohne Beispiel in der Geschichte des Weltkommunismus. Damit ist das Vorstadium eines Bruches erreicht.

Ob und in welcher Form der Bruch sich vollziehen wird, ist nicht vorauszusehen. Am unwahrscheinlichsten angesichts der gegenwärtigen Lage ist eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Mächten. Ebenso gering ist aber die Aussicht, die Einheit wiederherzustellen. Einheit, das lehren die Ereignisse der letzten Jahre, setzt die Herrschaft nur eines Zentrums voraus. Je mehr die kommunistischen Nationalstaaten erstarben und je mehr kommunistische Parteien nationale Interessen verfolgen, desto weniger werden sie geneigt sein, sich ihrem Zentrum unterzuordnen.

116) Der Artikel ist zitiert in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Heft 11/1962, S. 937.

117) Heft 10/1962, S. 817 ff.